Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- u. Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat März 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Herausgeber: Richard Schuetter

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | Mittwoch, den 19. März 1924 | 4. Jahrgang ★ Nr. 16

Arbeiter, Genossen, auf zum Wahlkampf!

Der Reichstag ist aufgelöst.

Der Wahlkampf beginnt.

Der Arbeiter steht gegen eine Welt von Feinden, die sich nun fest organisiert mit dem einen Ziel — Niederschlagung der Arbeiterklasse.

In der Front des internationalen Bürgertums formiert sich die deutsche Bourgeoisie zur Einheitsfront gegen alle Ausgebeuteten.

Ruhe und Ordnung ruft die Bourgeoisie.

Sie lügt.

Ruhe: das heißt die Ruhe des erschossenen Arbeiters, der für seine Klasse kämpfte.

Ruhe: das heißt die Ruhe des ins Zuchthaus gesperrten Arbeiters, der für die Rechte seiner Klassengenossen eintrat.

Ruhe: das heißt das verbissene Leiden Millionen Ausgebeuteter, die aus ihren Proletenvierteln in die Fabrik, aus der Fabrik ins Proletenviertel gehetzt werden — ohne Ausblick auf Besserung.

Ruhe: das heißt das verbissene Leiden Millionen Ausgebeuteter einer schaffenden Klasse.

Ordnung: das heißt zehn- und zwölfstündige Fron im Schacht, Niederdrücken der Löhne ins Unmeßbare.

Ordnung: das heißt Abschaffung aller Arbeiterrechte.

Ordnung: das heißt Unterdrückung aller Bewegungen, aller Kämpfe der Arbeiterklasse mit Handgranaten und Maschinengewehren.

Ordnung: das heißt Sklavenarbeit von Millionen einer arbeitenden Klasse unter Bajonett und Hungerpeitsche.

Die Peitsche dem Proletariat — das ist das Ziel der Einheitsfront der deutschen Bourgeoisie.

Der Arbeiter steht gegen eine Welt von verlogenen Feinden.

Mit der Miene der Arbeiterfreundlichkeit kommen die Völkischen daher. Sie haben die Parolen der Arbeiterklasse aufgegriffen. Erhaltung des Achtstundentags, Kampf um bessere Löhne, Unterstützung der Sozialrentner, Befreiungskampf der Unterdrückten.

Sie lügen.

Arbeiter, seht die letzten Taten der Vökischen im Thüringer Landtag, wo sie jetzt eingezogen sind und mit den übrigen bürgerlichen Parteien alle sozialen Forderungen und Errungenschaften des Proletariats niedertrampeln.

Ablehnung der Unterstützung der Sozialrentner.

Behandlung der Arbeiter, die für die Befreiung der Klasse kämpfen, schlimmer als Verbrecher.

Die Völkischen stehen in Einheitsfront mit der internationalen Bourgeoisie. Sie werden von ihr bezahlt. Da sie ihre Brutalität gegen die Arbeiterklasse offen zeigen, können sie mit der versteckten Brutalität der Unternehmer nicht zusammengehen. Ihr Ziel heißt:

Die Kugel dem Arbeiter, der für die Rechte seiner Klasse kämpft.

In den eigenen Reihen hat der Arbeiter seinen verlogenen Feind: die Sozialdemokraten. Jetzt hat der deutsche Prolet Gelegenheit, im Reichsmaßstab mit ihr abzurechnen. Zum ersten Male seit der Nationalversammlung.

Was hat die Sozialdemokratie alles auf dem Gewissen:

Sie ist der kämpfenden revolutionären Arbeiterschaft wieder und wieder in den Arm gefallen.

Sie ist es gewesen, die die Weißen Garden gerufen hat, mit deren Hilfe die revolutionären Kämpfe der Arbeiterschaft in Hamburg, Berlin, in Bremen, in Halle, in München niedergeschlagen wurden.

Mit ihrer Hilfe wurden die Weißen Garden der Reichswehr gegründet.

Sie hat die Weißen Garden gerufen, als nach dem Kapp-Putsch die revolutionäre Arbeiterschaft im Vogtland, in Halle-Merseburg, im Ruhrgebiet, in Gotha aufstand.

Sie hat die Weißen Garden der Reichswehr gerufen, als im Oktober 1923 wieder das revolutionäre Proletariat in Sachsen und Thüringen sich regte.

Proleten, denkt an die erschossenen Proleten dieser Kämpfe.

Die Sozialdemokratie hat alle Macht, die die Arbeiterschaft im November 1918 in Händen hielt, an das Bürgertum ausgeliefert.

Sie hat das verlogene parlamentarische System der bürgerlichen Demokratie in den Sattel gehoben.

Sie ist schuld an der politischen Entrechtung der Arbeiterklasse durch den Ausnahmezustand. Ihr Genosse Ebert hat ihn unterzeichnet und erlassen.

Sie hat dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, das Tausende von Arbeitern und Beamten auf die Straße setzt, Hunderttausenden Löhne und Gehälter kürzt.

Der Faszist **Mussolini** war Sozialdemokrat.

Der Kriegshetzer **Briand** war Sozialdemokrat.

Maurenbrecher: Redakteur der faszistischen „Deutschen Zeitung“.

Georg Bernhard: Redakteur der kleinkapitalistischen „Vossischen Zeitung“.

Paul Lentsch: der Leibredakteur des Stinnesblattes.

Sozialdemokraten — Sozialdemokraten!

Die Sozialdemokratie ist die Partei des Klassenverrats.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer drosseln jeden Streik zugunsten der Unternehmer ab.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer unterwerfen sich jedem Unternehmerdiktat.

Die soizaldemokratischen Gewerkschaftsführer haben jahrelang Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern getrieben.

Die Frucht der Arbeit, das Erwerbslosenelend, die Hungerlöhne, die Sklavenarbeit, sie spürt jeder Prolet am eigenen Leibe.

Das sind die Klassenfeinde des Proletariats, mit denen die Arbeiterschaft abzurechnen hat.

Gegenüber der Bourgeoisie **eine Klassenfront des Proletariats.**

Die Sozialdemokratie muß vom politischen Schauplatz als Führerin des Proletariats verschwinden.

Es gibt nur eine Front, die Front der Arbeiterklasse gegen die Front der Bourgeoisie.

Es gibt nur einen Kampf, der Kampf der ausgebeuteten Massen gegen die Klasse der Ausbeuter.

Es gibt nur eine klare Führung der Arbeiterklasse, das ist die Führung der Arbeiterklasse selbst durch die Kommunisten.

Nieder mit allen Klassenfeinden des Proletariats! Hoch das revolutionäre Proletariat!

Wahlparolen

Zwei Parteien, ausgerechnet die Parteien, die gegenüber dem Proletariat am tiefsten in der Schuld stecken, die an erster Stelle verantwortlich sind für die Knebel- und Ausplündermaßnahmen, die Sozialdemokratie und die Zentrumspartei, haben bereits Wahlparolen serviert. Im Zentralorgan der Sozialdemokratie Nr. 129 findet man u. a. folgende Wahlparolen:

Für den Achtstundentag!
Vergeßt nicht die Geldentwertung!
Kämpft für die Partei der Republik!
Die wahre Staatspartei — die Sozialdemokratie!

Die beiden ersten Forderungen macht sich die Sozialdemokratie unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zu eigen. Die Politik der Sozialdemokratie hat den Achtstundentag zum guten Teil zerschlagen. Wo heute die Arbeiterschaft für die Erhaltung des Achtstundentages kämpft, da fallen ihr die Amsterdamer Führer in den Rücken. Die Sozialdemokratie macht die Regierung der bürgerlichen Koalition für die Offensive gegen den Achtstundentag verantwortlich. Die bürgerliche Regierung konnte die Offensive nicht unternehmen, wenn ihr nicht die Sozialdemokratie das Messer der Ermächtigungsgesetze ausgeliefert hätte.

Wer für den Achtstundentag demonstrieren will, der darf unter keinen Umständen die Sozialdemokratie wählen. Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Zustimmung zur Militärdiktatur und zum Ermächtigungsgesetz.

Vergeßt nicht die Geldentwertung! Fürwahr, die Mahnung ist am Platze. Im „Vorwärts“ liest man dazu:

> „Sie hat die Reichen noch reicher gemacht, sie hat die Arbeiter, Angestellten und Beamten ihrer Existenzmittel beraubt, den Mittelstand und die kleinen Gewerbetreibenden von ihrer Substanz entblößt. Die Sozialdemokratische Partei forderte immer und immer wieder die Stabilisierung der deutschen Mark. Aber erst als auch die besitzenden Klassen bei der Geldentwertung Schaden zu nehmen begannen, schufen sie die Rentenmark.“

Man könnte fast glauben, der „Vorwärts“ wolle sich und seine Partei selbst verhöhnen. Die Sozialdemokratische Partei hat — gefordert. Was hat sie sonst getan? Nichts? Doch: wo die Arbeiter versuchten, der Geldentwertung und der Beraubung Einhalt zu tun, da fielen ihr die Amsterdamer und Sozialdemokraten in den Rücken. Damit die Politik der Reichen nicht gestört werden könne, veranlaßten und verordneten Sozialdemokraten den Belagerungszustand und Ermächtigungsgesetze. Die Reichen wußten, daß die Sozialdemokraten mit ihrem Fordern nur die Massen täuschten. Die Massen wissen jetzt, daß die Sozialdemokratie mit ihren Parolen ihre fluchwürdigsten eigenen Sünden auf andere Schuldkonten übertragen will. Die Demagogen sind erkannt.

Kein denkender Arbeiter kann für diese Partei der — „demokratischsten“ Republik, mit der Ludendorff, Ebert, Kahr Fangball spielen, die Stimme hergeben.

Die Republik des Belagerungszustandes, der Ermächtigungsgesetze, des Zwölfstunden-Arbeitstages, des sozialpolitischen Abbaus hat tatsächlich nur eine „wahre Staatspartei“. Das ist die Sozaildemokratie.

*

Die andere Partei, die für die ungeheure Verelendung der deutschen Arbeiterschaft, für die maßlose Bereicherung der Schwerkapitalisten verantwortlich ist, die Zentrumspartei, sagt in ihrem Wahlaufruf:

> „Inhalt und Charakter der Regierungsverordnung über Arbeitszeit und Schlichtungswesen wurden den staats- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten gerecht. Die Art der Ausführung derselben durch das Unternehmertum, sowie die Behandlung und Entlohnung der Arbeitnehmerschaft aber, hat starke Verärgerung hervorgerufen und an manchen Stellen eine bisher nicht gekannte Verbitterung erregt. Eine Entspannung muß mit allen Mitteln herbeigeführt werden.“

An anderer Stelle wird versichert, daß die Zentrumspartei mit der Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen ihre traditionellen sozialpolitischen Bahnen nicht verlassen habe. Da heute das Schwerkapital im Zentrum maßgebenden Einfluß besitzt, hat die Sozialpolitik erklärlicherweise eine andere Ausdeutung erfahren. Daß der Großindustrielle Klöckner und daß der Großindustrielle Thyssen, die ganz kategorisch den zehn-, zwölf- und fünfzehnstündigen Arbeitstag verlangen, von Sozialpolitik eine andere Auffassung haben als sie der Bischof Kettler bekundet hat, das ist jedem Sozialisten geläufig. Es ist aber sehr erfreulich, daß das Zentrum offiziell mitteilt: die Ermächtigungsgesetze und Notverordnungen sind Ausfluß der Sozialpolitik des Zentrums von heute. Das müssen sich vor allem die christlichen Arbeiter merken. Wenn dann noch der heuchlerische Versuch unternommen wird, die Verordnungen in Schutz zu nehmen, indem betont wird, daß die Kapitalisten auf Grund der Verordnungen brutal ihre Interessen vertreten, die der Werktätigen mißachten, so braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß der Wahlaufruf der Zentrumspartei mit

Der Kampf in der Chemie verschärft sich

(Eig. Ber.) **Mannheim**, 18. März.

Der Städtische Arbeitsnachweis versucht, Arbeitslose nach Höchst zu bekommen. Verpflegung soll in den Betrieben verabfolgt werden. Da die Arbeiter der Höchster Farbwerke sich im Streik befinden, handelt es sich um Streikbrecherarbeit.

Der „Erbfeind“ greift helfend ein

(Eig. Ber.) **Ludwigshafen**, 18. März.

Die Front der streikenden Anilinarbeiter ist nach wie vor geschlossen. Der Streik hat sich wesentlich verschärft, da sich die Direktion weigerte, die den Arbeitern noch zustehenden Lohnzahlungen aus der letzten Dekade auszuhändigen. Sie erklärte sich dazu nur unter der Bedingung bereit, daß von den Arbeitern die Notstandsarbeiten wieder übernommen werden. Der Oberbürgermeister von Ludwigshafen hat versucht, mit dem Direktor Seidel von den Badischen Anilin- und Sodafabriken Verhandlungen einzuleiten, was von der Direktion aber abgelehnt wurde. Der Oberbürgermeister hat sich darauf nach Berlin an die Reichsregierung gewandt und um ein vermittelndes Eingreifen ersucht. Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabriken hat durch ein Gesuch bei der Interalliierten Rheinlandkommission erwirkt, daß Streikversammlungen jeder Art verboten sind. Die Versammlungen der streikenden Arbeiter werden nunmehr im unbesetzten Gebiet abgehalten.

Mit allen Mitteln gegen das Proletariat

Die „Hamburger Volkszeitung“ auf fünf Tage verboten

Hamburrg, 18. März.

Die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ ist von der Hamburger Polizeibehörde auf fünf Tage verboten worden. Die „Volkszeitung“ hatte anläßlich des Streikes der Hafenarbeiter und der Aussperrung der Werftarbeiter gewagt, Partei für die kämpfenden Proletarier zu ergreifen, indem sie die Forderung der Arbeiter auf Ausrufung des Generalstreiks unterstützte.

Das Berliner Proletariat ehrt die Toten der Revolution

Berlin, 19. März.

Die Berliner Proletarier demonstrierten gestern an den Gräbern der Revolutionsopfer von 1848 und 1918. Mehrere Tausend Arbeiter bildeten einen Demonstrationszug, der mit Absingen der „Internationale“ durch die Straßen zog. Die Schupo versuchte mehrmals, den Zug zu sprengen, es gelang ihr aber nicht.

Bei den Parlamentswahlen in Karpatho-Rußland erhielten die Kommunisten von neun, fünf Mandate.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240319-16/fragment/page=0001

unterzeichnet ist vom Großindustriellen Klöckner, dem schärfsten Bekämpfer des Achtstundentages.

•

Die Kommunistische Partei kann den Wählern nicht versprechen, daß sie lediglich mit dem Stimmzettel sich aus Not und Gefahr erretten können. Wer sozialdemokratisch, wer ultramontan, wer demokratisch, völkisch oder deutschnational wählt, der stärkt naturgemäß den Klassengegner des Proletariats. Seine Stimmabgabe ist zunächst das Bekenntnis, daß er nicht selbst im Klassenkampf seine wirtschaftliche und politische Freiheit erobern will. Dies Bekenntnis durch Stimmabgabe allein genügt, um die herrschende Klasse, um das industrielle und agrarische Kapital zu veranlassen, alle ihre propaten und staatlichen Machtmittel einzusetzen, um das oppositionelle Proletariat zu vernichten. Die ganze Politik der letzten Monate läßt klar und deutlich erkennen, daß die herrschende Klasse einen großen Teil des deutschen Proletariats vernichten will. Durch maßlosen Raubbau an der Arbeitskraft, d. h. durch physische Vernichtung vieler Millionen von Proletariern will das deutsche Kapital nicht nur sich erhalten, sondern die alte Weltmachtstellung zurückerobern. Ein wahnsinniges Unterfangen. Dieser Wahnsinn wird aber unterstützt von allen Wählern, die einer der Parteien neben der KPD. die Stimme geben.

Wir fordern auf zur Stimmabgabe für die KPD. Aber wir sagen den Wählern gleichzeitig: zeigt Ihr durch Eure Stimmabgabe, daß Ihr gewillt seid, das Joch des Lohnsklaventums abzuschütteln, die Herrschaft des Kapitals zu zerbrechen, dann wird Euch die Kommunistische Partei in den Befreiungskampf hineinführen, den Ihr selber siegreich beenden müßt!

Darum, Wähler, gebt am Wahltag Eure Stimme ab für die KPD.!

Kommunistische Wahlerfolge in Potsdam

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Potsdam erhielten:

	Mandate	Stimmen	Letzte Landtagswahl
Kommunisten	3	2288	1474
Sozialdemokraten	5	3392	4878
Unabhängige		434	4876
Demokraten	2	1363	2338
Handel- u. Gewerbetreibende	6	3997	
Deutsche Volkspartei	8	2465	8934
Deutschnationale	16	11087	11626
Deutschsoziale	2	1746	

Das Wahlergebnis zeigt neben dem Zusammenbruch der Mittelparteien, von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, diesmal auch einen auffallenden Mißerfolg der völkischen Gruppen.

Der Streit um die preußischen Gemeindewahlen

Verschiebungen auf den 11. Mai wahrscheinlich

(Eig. Ber.) **Berlin**, 18. März.

Die heutigen Vorbesprechungen der Landtagsfraktionen über die Verschiebung des Termins für die preußischen Gemeindewahlen haben nun doch ergeben, daß mit einer Verschiebung des Wahltermins gerechnet werden muß. Fürs erste sind es technische Schwierigkeiten, die für eine Nichtzusammenlegung mit den Reichstagswahlen sprechen. Durch die Vornahme von zwei Wahlen zu gleicher Zeit würde durch Verwechseln der Stimmzettel usw. eine Rekordziffer von ungültigen Stimmen erreicht werden. Auch der Umstand, daß die an für sich lokal eingestellten Gemeindewahlen von den ausgesprochen politisch eingestellten Reichstagswahlen beeinträchtigt werden könnten, hat bei den Vertretern der Parteien die Meinung befestigt, daß die preußischen Gemeindewahlen angesichts des Termins für die Reichstagswahlen mindestens um eine Woche, also bis zum 11 Mai, verschoben werden müssen. Eine endgültige Entscheidung darüber wird jedoch erst am morgigen Tage der Landtagsfällen, da zu einer derartigen Aenderung erst ein Gesetzentwurf eingebracht werden muß.

Keine Immunität für Kommunisten

Hamburg, 18. März.

Der Geschäftsordnungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft hat beschlossen, die Verhaftung des Genossen Lindau wegen Hochverrats zuzulassen und den Antrag auf Haftentlassung der im Gefängnis sitzenden Bürgerschaftsmitglieder Genossen Köppen, Hoffmann und Levi abzulehnen. Es handelt sich bei dem „Hochverrat" der Kommunisten um den bekannten Aufruf der Zentrale, um dessenwillen die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidenten Richter die Genossen Frölich, Remmele und Stöcker bisher vergeblich verfolgt.

Bayrisches in Thüringen

(Eig. Ber.) **Weimar**, 17. März.

Der der Kommunistischen Partei angehörende Oberregierungsrat Jacobi ist, wie wir bereits meldeten, aus seiner Stellung gewiesen worden. Wir sind heute in der Lage, das an ihn gerichtete, vom Minister Leutheuser unterzeichnete Schreiben mitzuteilen:

„Bei der grundsätzlichen Verschiedenheit unserer Anschauungen nehme ich an, daß auch Sie die Unmöglichkeit eines gedeihlichen Zusammenarbeitens erkennen. Es besteht deshalb die Absicht, Sie in den Wartestand zu versetzen. Bis zur Entscheidung ersuche ich Sie, sich gedulden zu wollen. gez.: Leutheuser."

Nach den Gesetzen hätte Jacobi nur auf Grund eines Disziplinarverfahrens, das nie stattgefunden hat, entlassen werden dürfen.

Weiter Defizitwirtschaft

Der Ausweis der Reichshauptkasse in der ersten Märzdekade schließt mit einem Defizit von 11,9 Millionen Goldmark ab. Trotz aller „Sanierungs"-Kuren am Leib des werktätigen Volkes ist der kapitalistische Staat unfähig, aus der Finanzkrise herauszukommen. Er hilft sich mit den alten Helfferich-Havenstein'schen Schwindelmethoden, die schon einmal zu dem fürchterlichen Inflationsbrach geführt haben. Die Notenpresse läuft lustig weiter. Daneben wird jetzt der Prägstock zu Hilfe genommen und „Silbergeld" geprägt, das ebensoviel und ebensowenig Wert hat wie Papier. Ungedeckte Rentenbankschatzwechsel wurden herausgegeben — in der letzten Dekade wieder für 1½ Millionen Mark. Das Resultat ist, daß die Rentenbank immer weiter wackelt. Die Spekulanten wittern wieder die Morgenluft einer neuen Inflation. Der täglich angemeldete Devisenbedarf beträgt über 300 Millionen Goldmark — die Höhe zeigt, daß es sich um rein spekulative Zwecke handelt. Die scharfen Repartierungen helfen nicht viel. In Newyork steht der Dollar seit Wochen auf 4,4 bis 4,5 Rentenmark.

Die neue Inflation kündigt sich in stetigen Preiserhöhungen an. So sind nach dem Wochenindex des „Berliner Tageblattes" die Lebensmittelpreise in der letzten Woche um 0,4 Prozent, die Preise für Chemikalien und Düngemittel um 2,5 Prozent gestiegen.

Die Goldnotenbank wird in der kläglichen Form der Schachtschen Golddiskontbank die Krise nur verschärfen.

Der Zeigner-Prozeß

Leipzig, 18. März.

Im Zeigner-Prozeß will es absolut nicht zum Skandal kommen, damit der bürgerlichen Gesellschaft Wahlmaterial geliefert wird. Trotzdem die „Leipz. Neuesten Nachrichten" im Schweiße ihres Angesichts den Prozeß „groß" aufzuziehen versuchen, ist bisher nur eine Blamage der „Kronzeugen" übriggeblieben. So wurde weiter festgestellt, daß Moebius auf Grund einer bestimmten Aussage gegen Dr. Zeigner aus der Haft entlassen wurde.

Vorsitzender: **Warum haben Sie dann so unglaublich gelogen?**

Angekl. Moebius: Der Rechtsanwalt Melzer (der die Zeigner-Sache zu einem Skandal aufrollen wollte) hat mir immer gesagt, Dr. Zeigner lasse mich sitzen, er sei nach der Schweiz ausgerissen und Staatsanwalt Fiedler hat gesagt, sehen Sie jetzt, daß Sie den ganzen Dreck allein auf dem Halse haben?

Sodann wird der politische Hintergrund des Prozesses schärfer beleuchtet. Zunächst wird Rechtsanwalt Dr. Graf (Leipzig) als Zeuge vernommen. Graf habe zunächst den Eindruck gehabt, daß Moebius ein von den Deutschvölkischen gedungener Zeuge war. Er riet Zeigner, nach Dresden zu fahren und das Mandat niederzulegen und sich dem Staatsanwalt zu stellen.

Der Verteidiger Dr. Frank, über Zeigners Charakter befragt, sagt aus, er halte Zeigner für einen Idealisten. Er kenne ihn als einen Menschen vornehmster Gesinnung, der immer geholfen habe und immer hilfreich gewesen sei. **Graf belastet darauf den Staatsanwalt Dr. Fiedler sehr stark.** Er betont, daß Fiedler ihm selbst gesagt habe: **„Wissen Sie, so mußte es kommen mit Zeigner. Ich werde es ihm schon heimzahlen mit seinem versuchten republikanischen Richterbund. Denn so was ist nur in einer Republik möglich."**

Der Vorsitzende fragt nun, warum denn Dr. Zeigner eine so starke Kampagne gegen die Reichswehr geführt habe, wenn er von Natur ängstlich war und jeden Eklat zu vermeiden wünschte. Zeigner äußerte sich dazu, daß nicht er den Reichswehrtag verbindert habe, sondern der Reichswehrkommandeur von Dresden, General Müller, habe einen Befehl an die Reichswehrtruppen ausgegeben, der dahin lautete, daß die sächsischen Truppen nicht teilnehmen dürften. Daraufhin habe dann ein Zahnrad in das andere gegriffen, so daß dann endlich der Konflikt zwischen Reichsregierung und sächsischer Regierung entstanden sei, den er durchaus bedauert habe.

Es wir nunmehr der Staatsanwalt Dr. Fiedler vernommen. Er sagt über die Vernehmung des Angeklagten Moebius, die er abgehalten hat, aus und bestreitet, irgendwelchen Zwang auf den Angeklagten ausgeübt zu haben. Nachdem Moebius sein Geständnis beim Untersuchungsrichter und Richter widerrufen habe, habe er am nächsten Tage den Angeklagten, allerdings in scharfer Form, vorgehalten, warum er das getan habe.

Es kommt dann zu Zusammenstößen zwischen dem Zeugen Dr. **Graf und dem Staatsanwalt Fiedler**, der rundweg bestreitet, die Aeußerung über den „verfluchten republikanischen Richterbund" getan zu haben. Der Vorsitzende weist auf die Merkwürdigkeit der Situation hin, daß sich zwei Juristen gegenüberstehen, deren Aussagen sich so schroff entgegenstehen, daß einer die Unwahrheit sagen müsse. Staatsanwalt Fiedler räumt dann ein, daß er sich an dem fraglichen Tage mit Dr. Graf über politische Dinge unterhalten und gesagt habe, früher wäre so etwas nicht vorgekommen. Er räumt ferner ein, daß er sich sehr abfällig geäußert habe, bestreitet jedoch die Richtigkeit der Worte.

Hier greift der Verteidiger Dr. Frank (Dortmund) in die Debatte ein. Er stellt fest, daß **Moebius verhaftet wurde, als er Dr. Zeigner weniger stark belastet habe, und daß er aus der Haft entlassen wurde, als er Dr. Zeigner wiederum sehr stark belastet hatte.**

Im Zeichen des völkischen „Befreiungskampfes"

Der Parchimer Mord

Der Prozeß vor dem Leipziger Staatsgerichtshof gegen die völkischen Mörder von Parchim ist zu Ende. Er hat mit der Verurteilung der völkischen Offiziere und ihrer Helfershelfer, die durch brutalen Mord Deutschlands Wesen genesen machen wollten, geendet.

Vor dem Staatsgerichtshof standen „die einfachen Soldaten" der deutschvölkischen Bewegung, während in München ihr Generalstab mit der Justiz Schindluder treibt. Die „einfachen Soldaten von Parchim" enthüllten durch den brutalen Mord das, was die Hetzen Führer in München mit hochtrabenden Redensarten und geheimnisvollen Andeutungen über das hohe politische Ziel und die ideale Mission der völkischen Bewegung verdecken wollen: daß der Mord die entscheidende Waffe, das Mittel dieses äußersten Flügels der deutschen Gegenrevolution ist. Es sind die verzweifelten Schichten des Kleinbürgertums, denen sich irregeleitete, von dem Verrat der Sozialdemokratie abgestoßene Arbeiterkreise in Stadt und Land anschließen, deren Not und Ausschlosslosigkeit aus dem gegenwärtigen Elend, das die schwerkapitalistische Diktatur über sie verhängt, sich in Ausbrüchen von Bestialität und Blutrausch Luft macht. Der Parchimer Mord in all seiner Scheußlichkeit, seiner beispiellosen Verrohung, ist so nicht nur ein Ausnahme- und Einzelfall, er ist ein typisches Beispiel für die wirklichen und allein möglichen Kampfmethoden der völkischen Gegenrevolution.

Der abgeschlachtete Landarbeiter Kadow war bei den Rostbach-Leuten in Mecklenburg, die der sozialdemokratische Ministerpräsident Stelling auf den Gütern ruhig duldete, als kommunistischer Spitzel verdächtig, weil er früher einmal Sekretär der Kommunistischen Partei gewesen sein soll. Eine völkische Femegruppe beschloß darauf — wie sie zu ihrer Verteidigung im Prozeß behauptete — den Kadow zu verprügeln. Die Verschwörerbande machte Kadow betrunken, fuhr ihn in den Wald, schlug ihn mit Knüppeln, um ihn zu einem Geständnis zu zwingen. Aber Kadow bestritt bis zum letzten Augenblick. Als er bereits blutüberströmt und leblos am Boden lag, feuerten die Mordgesellen aus nächster Nähe zwei Schüsse in seinen Schädel, während einer der völkischen Helden ihm mit einem Taschenmesser die Halsadern durchschnitt. (Der technische Ausdruck dafür ist völkisch: „abkehlen".) Der Schlächter des Kadow entschuldigte sich vor Gericht damit, daß der blutüberströmte, schon fast zu Tode gepriegelte Mann in ihm einen Blutrausch erzeugt habe.

Dieser Mord ist hier nicht als Kriminalfall zu werten, obwohl er in seiner beispiellosen Bestialität und Niedertracht auch als solcher durchaus Schule macht, sondern politisch als Beispiel für die Kampf- und Vernichtungsmethoden der Gegenrevolution. Beginnend von der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ist der Kampf der Gegenrevolution gegen das sich erhebende Proletariat, das seine Fesseln zerbrechen will, eine Kette von Mordtaten, eine scheußlicher als die andere. Was den Parchimer Mord von den früheren Mordtaten der Konterrevolution „auszeichnet", ist, daß es sich hier um ein Kernstück und einen Teil der Verwirklichung des faszistischen Programms zur Beglückung des deutschen werktätigen Volkes handelt. Die Schlagworte der „inneren Reinigung", „des Kampfes gegen den Marxismus" und „für die Entjudung des deutschen Volkes" schlagen beim Beginn ihrer Verwirklichung um in brutalen Meuchelmord gegen Arbeiter und solche, die bei den Völkischen im Geruch stehen, der Arbeiterbewegung zu dienen.

In einer Periode revolutionärer Krisen, wie sie gegenwärtig Deutschland durchzittert, wo Millionen des werktätigen Volkes, um ihrer Zermalmung und Vernichtung durch die Offensive des Schwerkapitals zu entgehen, sich auflehnen und gegen den Kapitalismus und seinen Staat, um ihres Lebens oder Sterbens willen kämpfen müssen, kann das Programm der Völkischen, das Programm kleinbürgerlicher Verzweiflung und antikapitalistischer Gegenrevolution nur durchgeführt werden, wenn es den Völkischen gelingt, die Verzweiflung der Massen umzubiegen in einen Angriff auf die revolutionäre Avantgarde. Das versuchen die Völkischen durch ihr Programm und sie führen das Programm aus durch die typische Kampfart der kleinbürgerlichen Auflehnung: den Einzelterror. Sie werden und sind, je mehr sie sich durch den Zustrom kleinbürgerlicher Schichten und verirrter Teile der Arbeiterklasse zu einer selbständigen Massenbewegung gegen den Schwerkapitalismus zu entwickeln scheinen, mehr und mehr nur zu Schrittmachern und Agenten eben der schwerkapitalistischen Diktatur, die sie zu bekämpfen vorgeben.

Für den revolutionären Kampf des Proteiariats, der die Gewalt als die Geburtshelferin der neuen Gesellschaft offen proklamiert, ist es, daß es diesen Kampf gegen die Klassenherrschaft der Bourgeisie als Kampf der breiten Massen, als Bürgerkrieg, Klasse gegen Klasse führt. Für den Kampf der äußersten Gegenrevolution mit Hilfe des Lumpenproletariats ist es eben so charakteristisch, daß sie durch den Einzelterror, als Vorspiel des Nordens als Massenerscheinung versucht, die Gefahr der Revolution zu bannen.

Der Staatsgerichtshof, bestellt und berufen, die Republik zu schützen", war gezwungen, die Mörder von Parchim zu verurteilen. Während das Münchener Volksgericht vor den Hitler-Poehner und

Reichskongreß der IAH.

(EB.) **Berlin**, 16. März.

Der Kongreß ist einer der am stärksten besuchten, die die IAH. seit ihrem Bestehen abgehalten hat. Plenarsaal und Tribünen des Herrenhauses sind überfüllt. Frau Mathilde Wurm begrüßte die Anwesenden. Als erster Referent sprach Dr. Kuczynski über Ursachen und Umfang der Not in Deutschland. Er sagte, daß der katastrophalen Notlage der deutschen Bevölkerung seit dem Herbst 1923 schon acht Jahre Unterernährung und Entbehrungen vorangegangen seien. Heute sei es so, daß Butter für 95 Prozent der Bevölkerung unerschwinglicher Luxus sei. Die Ursache der Not sei aber nicht etwa in einem schlechten Stand der deutschen Landwirtschaft zu suchen, im Gegenteil, die Konjunktur der Landwirtschaft sei seit Jahren gut, die Landwirte erzielen beispiellose Gewinne, während die Massen hungern. Diese Gewinne werden in Sachwerten angelegt, die Wirtschaften werden auf Jahre hinaus ergänzt und versorgt durch Anschaffung von Maschinen, Möbeln, Wäsche usw. Die Massen müssen hungern wegen der Wucherpreise der Landwirte, sie müssen frieren wegen der Wucherpreise für Kohlen und andere Rohprodukte. Das deutsche Volk ist belogen worden wie nie ein Volk in der Welt auf allen Gebieten. Wenn die Letzten, die bereit waren, ihren letzten Sohn zu opfern, auch ihr letztes Schwein geopfert hätten, wäre die Not nicht so groß gewesen. Wenn diejenigen, die die Gewinne gehabt haben, bereit gewesen wären, Steuern zu zahlen, wären Reparationen und Ruhreinbruch nicht so verhängnisvoll gewesen. Nicht die Massen sind schuld an Hunger, sondern das Kapital. Wir müssen der IAH. dankbar sein, daß sie dieser Not steuert, die nicht notwendig war, gemessen an den Gewinnen der deutschen Industrie und Landwirtschaft. Das Volk muß alles tun, um sich gegen diesen Zustand zu wehren.

Sodann sprach Frau Kraus-Fessel über den Abbau der sozialen Fürsorge. Die Referentin konstatiert den vollständigen Zusammenbruch der sozialen Fürsorge in dem Augenblick, in dem sie am meisten in Anspruch genommen werden mußte. Während die Tuberkulose an Umfang wie noch nie zuvor zugenommen hat, sind die Heilstätten um 4000 Plätze verringert worden. Der deutsche Arbeiter kann sich nur die Hälfte von dem kaufen, was der englische Erwerbslose von seiner Unterstützung kaufen kann. Die Unterstützung der Erwerbslosen sichert nicht einmal das physiologische Existenzminimum, dabei bestehen aber Arbeitspflicht und Zwangsarbeit — ohne Entgelt.

Das Elend wird in den Schulen besonders sichtbar. Viele Kinder sind seit Weihnachten kaum noch mit warmem Wasser gewaschen worden, haben kein Hemd oder nur eins, kommen zur Schule, ohne gegessen zu haben usw. Der ganze Umfang dieses Elends ist kaum abzusehen. Die Schließung der öffentlichen Bäder, Krankenhäuser in allen größeren Städten verschärft die Schädigung der Volksgesundheit. Gesetzgeberisch ist nichts geschehen als nur einschränkende Maßnahmen, z. B. die Verweisung der hilfsbedürftigen Jugend und der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen — an die Armenpflege. Die proletarischen Selbsthilfsorganisationen sind die einzigen, die systematisch und sofort und ernst eingegriffen haben. Sie sind die einzigen, die im Augenblick der äußersten Not nicht erlahmten. Sie haben alle die Pflichten übernommen, die von allen anderen vernachlässigt worden sind.

Emonts sprach über die Not der Angestellten und Beamten der Banken und des Staates. 33 Prozent der Angestellten sind erwerbslos. Der Stundenlohn beträgt 35 Pf. bis 1 Mk.

Sodann gab Frau Wurm den Bericht über die Arbeit der IAH. Nach einem kurzen Ueberblick über die Entwicklungsgeschichte und einem Protest gegenüber den Feindseligkeiten ihrer eigenen Partei- und anderer Kreise betont die Referentin die Notwendigkeit der internationalen Solidarität aller Arbeiter, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Die IAH. hat bis jetzt 25 Ortsausschüsse in Deutschland und täglich kommen Neuanmeldungen hinzu. Bis zum 15. März wurden 1 715 000 warme Mahlzeiten in Deutschland ausgegeben, 17 500 Pakete verteilt. Von Weihnachten an wurden 546 000 Brote verteilt. Im Rheinland wurden für die Kinder von Streikenden besondere Milchküchen eröffnet. Die Hilfe in Berlin begann mit 2000 Portionen täglich im Oktober, im Februar wurden 16 000 Portionen täglich verteilt. In Thüringen werden täglich 4000 gespeist, in Sachsen 4500 usw. in allen Bezirken Deutschlands. Die Referentin sprach über die Schwierigkeiten, die der IAH. in verschiedenen Städten durch Behörden, z. B. in Hamburg und München, gemacht wurden.

Eine Anzahl Künstler hat durch Dichter-Abende, eine große Kunstausstellung in Berlin, durch Veranstaltungen in verschiedenen Städten die IAH. unterstützt. In Berlin bestehen jetzt vier Kinderhorte, in denen ungefähr 500 Kinder nachmittags, nachdem sie eine warme Mahlzeit erhalten haben, in warmen Räumen unter Aufsicht beschäftig werden, abends noch einmal Kakao und Brötchen erhalten. Holland gebührt besonderer Dank für die Kinderhilfe, es gingen zwei Transporte mit zusammen 400 Kindern nach Holland, 50 Kinder nach der Schweiz zur Erholung auf drei Monate. 25 Kinder wurden in einem Kinderheim der IAH. in Prerow an der Ostsee untergebracht. 1000 Kinder sollen in die Tschechoslowakei, aber durch die Schwierigkeiten, die die Regierung machte, wurde der Transport hinausgeschoben. Ungeheuer viele Sachspenden sind aus England, Frankreich und Amerika gekommen.

Begrüßt von starkem Beifall sprach in scharf zugespitzten Ausführungen Salle (Paris) als Vertreter des französischen Arbeiterhilfskomitees, das in Frankreich als einzige Organisation — allen Widerständen zum Trotz — für die deutsche Hungerhilfe mit Erfolg wirkt und sammelt. Nach ihm sprechen noch Hoogerspel (Holland), Laurisen (Dänemark). Alle versicherten dem Kongreß eine intensive Fortsetzung der Hilfsarbeit. Die Vertreterin des IAH.-Komitees der englischen Arbeiterschaft, Mrs. Grawford, schilderte in interessanter Weise die heutige Lage in England, sie forderte in warmherzigen Ausführungen engste Zusammenarbeit der deutschen und englischen Arbeiterschaft, vereint mit der Arbeiterschaft aller Länder, zur Hebung der Lage des Proletariats.

Der Generalsekretär W. Münzenberg untersuchte in einem von stürmstem Beifall mehrfach unterbrochenen Vortrag die Veränderung in der Notlage des deutschen Proletariats und die sich daraus ergebenden nächsten Aufgaben der IAH. in Deutschland. Kurz, schlagend wurde der „Vorwärts" erledigt, der den Kongreß am Vorabend mit einem Leitartikel nach bekannter Methode „begrüßt" hatte.

Der Vertreter des Zentralhilfskomitees für die deutschen notleidenden Werktätigen aus den russischen Sowjetrepubliken, Aussen, überbrachte Sympathieerklärungen und Hilfszusagen. Der Kongreß sprach sich in einer Entschließung für energische Fortsetzung der Arbeit der IAH. aus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240319-16/fragment/page=0002

Kompanie Verbeugungen über Verbeugungen macht, während es nicht wagt, die des Hochverrats ebenso schuldigen Kahr und Lossow selbst mit gewöhnlichen Mitteln des Zeugenzwangsrechts vor sein Forum zu zitieren, hat der republikanische Staatsgerichtshof die Parchimer Mörderbande ins Zuchthaus geschickt. Jede normale „bürgerliche“ Justiz hätte nach der Art der Vorbereitung und der Durchführung des Verbrechens einen Mord angenommen. Der Staatsgerichtshof erkannte auf Totschlag. Offenbar hat es ihm der „Blutrausch“ der Angeklagten, ihr von edler Absicht getragener „Furor teutonikus“ angetan. Immerhin: auch vor dem Staatsgerichtshof der Republik können sich die Angeklagten gratulieren, keine Kommunisten zu sein.

Juristisch sowohl wie politisch zeigt der Parchimer Mord und seine Aburteilung den deutschen werktätigen Massen wieder einmal die ungeheure Gefahr, die ihnen von den völkischen Volksbeglückern droht, die Schutzlosigkeit, gegen deren Verbrechen unter der Herrschaft der Emminger Justiz.

Die deutschen werktätigen Massen können sich nur selbst helfen, indem sie sich politisch und wirtschaftlich unter der Führung der Kommunistischen Partei zum Kampf gegen die schwerkapitalistische Diktatur zusammenschließen. Erfüllt die Kommunistische Partei diese ihre Pflicht als Führerin der Massen in ihrer Auflehnung gegen alle Tagesnöte, dann wird sie die in das Lager der Völkischen abgewanderten Arbeiter bald als entschlossene Kämpfer auf ihrer Seite sehen. Dann wird sie auch breite Teile der verelendeten Mittelschichten um sich gruppieren können.

Jede Wahlversammlung zum Reichstag, zu den Gemeindewahlen muß eine Proklamation dieses Kampfes sein.

Letzte öffentliche Vorstellung im Hitler-Theater

Beweisaufnahme geschlossen

(Eig. Ber.) **München, 18. März.**

Die letzte Vorstellung bei der Hitler-Schmiere bringt noch einige heitere Szenen. Ludendorff hält es für angebracht, sich von seinem Komplicen Hitler loszusagen.

Bevor sich das Gericht über die Frage schlüssig wurde, ob die Plädoyers in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung erfolgen sollen, gab es Hitler und Ludendorff noch einmal Gelegenheit, ihre „grundsätzliche Einstellung“ zum November-Putsch darzulegen. Hitler hat nichts zurückzunehmen und zu beschönigen; er wirft sich in die Brust: Jawohl, er hat die Revolution gewollt, „die ganz große Revolution“, an der Deutschland genesen soll. Anders Ludendorff. Er, der sich nach dem Zusammenbruch von 1918 als Herr Lindström in Schweden und nach dem Kapp-Putsch als Herr Lange in Bayern versteckte, flüchtete sich jetzt in eine rührende Ahnungslosigkeit über alles, was am 8. und 9. November 1923 in ihm und mit ihm vorging. Er hat sich weder unter dem Marsch nach Berlin, noch unter der Absetzung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, noch unter seinem eigenen Amt als Generalissimus der imaginären nationalen Armee irgend etwas vorgestellt, am allerwenigsten natürlich etwas Verfassungswidriges. **„Ihm wäre schließlich auch Herr Ebert recht.“** Dagegen unternimmt er unter Berufung auf ausländische Zeitungen, die für ihn anscheinend sakrosankt sind, noch einen Ausfall gegen Kardinal Faulhaber. Strafrechtlich ist das völlig ungefährlich. Es ist ein trauriger Abgang, den der General mit seinem heutigen Rückzug nimmt; er wird in diesem Prozeß nicht mehr das Wort ergreifen, was Hitler im Anschluß an die Plädoyers der Verteidigung um so ausgiebiger besorgen will.

Beweisaufnahme geschlossen.

Die Vormittagssitzung wurde um 1 Uhr geschlossen, nachdem man sich 1½ Stunden lang hinter verschlossenen Türen über die Frage unterhalten hatte, ob die Plädoyers in voller Oeffentlichkeit oder in geheimen Sitzungen stattfinden sollen. Eine Entscheidung wurde nicht getroffen. Der heutige Mittwoch ist des katholischen Feiertages wegen frei, ebenso der Donnerstag, um den Vertretern der Anklage Gelegenheit zur Vorbereitung ihrer Plädoyers zu geben. **Die nächste Sitzung beginnt am Freitagvormittag 8½ Uhr mit dem** Plädoyer des Ersten Staatsanwalts.

Fast alle Angeklagten haben bereits erklärt, daß sie auf ein Schlußwort verzichten, nur Hitler hat für den Schluß eine „große politische Rede“ bereits angekündigt. Das Urteil ist für Montag, den 31. März, zu erwarten, also zum letzten möglichen Termin, da bekanntlich mit dem 1. April die bayrischen Volksgerichte aufgehoben sind.

Nachlese zum Hitler-Prozeß

Die Männer des „Direktoriums“ — Warum Seeckt „verschwinden“ sollte

Der bisherige Verlauf des Hitler-Prozesses hat gezeigt, daß man in München krampfhaft bemüht ist, die einzelnen Ereignisse des letzten Jahres und die verbindenden Zusammenhänge nicht nur nicht aufzudecken, sondern auch nach Möglichkeit in ein noch tieferes Dunkel zu hüllen. Daraus erklärt sich auch der plötzliche Abbruch der Zeugenvernehmungen, der bei einem derartigen Prozeß doppelt seltsam anmuten muß. Zumal bekannt ist, daß sowohl die Staatsanwaltschaft, wie auch noch die Verteidigung über hochinteressantes Material verfügt, mit dessen Hilfe man mit einem Schlage die ganzen Komplotte des Erzberger- und des Rathenau-Mordes aufdecken und die Hintermänner der damaligen Verbrecher bloßstellen könnte. Wenn man bei der bisherigen Zeugenvernehmung auf bestimmte Vorgänge zu sprechen kam, die in besonderem Maße Ursache hatten die Oeffentlichkeit zu scheuen, wurden die Dinge aus dem Zusammenhang gerissen und die Feststellung von Details unterlassen. So war immer wieder von den mysteriösen „norddeutschen Herren“ die Rede, ohne daß man erfuhr, welche Persönlichkeiten der nationalen Bewegung unter diesem Sammelbegriff gemeint waren. Zu Beginn der Vernehmung des Generals Lossows wurde, wie erinnerlich, viel von dem Plan eines Direktoriums gesprochen, das an Stelle der Reichsregierung treten sollte. Die aufhorchende Mitwelt hat bisher nie die Namen dieser in Aussicht genommenen Regierungsmänner Deutschlands erfahren.

Das in Aussicht genommene Direktorium sollte bekanntlich nach der Aussage des Generals Lossow rechts eingestellt, rein national, mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet und unabhängig von parlamentarischen Einflüssen und Hemmungen sein.

Für die Besetzung der einzelnen Aemter dieser Regierungsinstitution hatte man in eingeweihten nationalen Kreisen schon lange bestimmte Persönlichkeiten in Aussicht genommen. **Den Vorsitz des Direktoriums sollte der bekannte Führer des alldeutschen Verbandes, Justizrat Dr. Claß, übernehmen.** Die Finanzen der Oberfinanzrat **Bang**, die **Ernährung Herzberg** und die Wirtschaft der frühere Generaldirektor des Stinnes-Konzerns, **Minoux**. Der jetzige Staatssekretär **Dr. Lewald** sollte die Aufgabe haben, **den Staatsapparat nach nationalen Grundsätzen zu säubern.** Die Verwaltung der Staatsbetriebe Post und Eisenbahn sollte in der Hand des Vorsitzenden Justizrat Dr. Claß vereinigt werden. An die Besetzung eines Außenministeriums hatte man noch nicht gedacht, dagegen suchte man einen geeigneten Mann für die Leitung des Heerwesens. Dieser Leiter des zukünftigen Heeres mußte von vornherein die Garantie bieten, daß, wie gleichfalls der General Lossow aussagte, die Reichswehr hinter dem Direktorium stand. Auf der Suche nach diesem „Yorck des 20. Jahrhunderts“ stieß Justizrat Claß bekanntlich auf General von Seeckt, dem er in der vielgenannten Besprechung während der ersten Kabinettskrise des Kabinetts Dr. Stresemann das Amt anbot. Da General von Seeckt dieses Ansinnen aber ablehnte, wurde von nationaler Seite in ihm ein Hindernis für die nationale Befreiung erblickt. In diesem Zusammenhang ist auch ohne weiteres die Ursache des auf General von Seeckt geplanten Attentats klar.

Die für die einzelnen Posten des Direktoriums genannten Persönlichkeiten waren nur als Vorschläge gedacht; doch war die Konstituierung des Direktoriums in dieser Form für alle Eingeweihten ein offenes Geheimnis.

Katerstimmung im völkischen Lager

Ludendorff auch beim „Stahlhelm“ unten durch

Die Organisation „Der Stahlhelm“ hat am 9. März ein Huldigungstelegramm an Ludendorff geschickt. Inzwischen scheint es den Stahlhelm-Leuten doch etwas unwohl geworden zu sein bei dem Gedanken, daß sie sich derart politisch festgelegt haben. Die Bundesleitung erklärt jetzt, daß diese Kundgebung lediglich dem Feldherrn Ludendorff gegolten und daß sie mit seiner politischen Einstellung nichts zu tun habe. Bei dieser Gelegenheit wird eine „Bekanntmachung“ Ludendorffs veröffentlicht, die Veranlassung gibt, die Frage aufzuwerfen, was denn eigentlich aus dem Haftbefehl des Oberreichsanwalts gegen Herrn v. Graefe geworden ist. Die Bekanntmachung lautet:

„Ich verlange von allen Organisationen und Einzelpersonen, die in Gefolgstreue hinter mir stehen wollen, daß sie in Herrn v. Graefe meinen politischen Bevollmächtigten für Norddeutschland unbedingt anerkennen und deshalb weder ihm, noch seinen Mitarbeitern, die sein Vertrauen genießen, in ihrem schweren Kampfe gegen alle offenen und versteckten Zersetzungsversuche der Freiheitspartei-Organisation eigenwillige Schwierigkeiten bereiten, noch sich von Kreisen, die vielfach nur unter völkischem Schein auftreten, zu irgendwelchen Intrigen, wenn auch nur unbewußt, mißbrauchen lassen.

Ludwigshöhe, den 25. Februar 1924.

gez.: Ludendorff.

Oberstleutnant Duesterberg teilte auf der Stahlhelmtagung in Halle mit, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei ihm gedroht habe, falls er nicht für die Wahlen den „Stahlhelm-Bund“ in das Lager der Freiheitspartei führe, werde diese den Bund „völlig zersetzen und auflösen“. Gegen diese Drohung wendet sich die Stahlhelmleitung mit großer Entrüstung, unter Hinweis auf ihre parteipolitische Neutralität. „Der Stahlhelm“ werde durch das Ausscheiden der völkischen „Spaltpilze“ nur stärker und geschlossener werden.

Für das unbewaffnete Auge sind die Nuancen der verschiedenen rechtsradikalen Organisationen kaum zu entdecken. Trotzdem werden die Gegensätze mit größter Schärfe betont. Das kommt daher, daß ein positives, sachliches Ziel fehlt und jede dieser Organisationen das Werk und Werkzeug eines Häuptlings ist, der seine Gefolgschaft für persönliche Zwecke beieinanderhalten will.

Bekannt ist die Feindschaft zwischen Ehrhardt und Ludendorff, die der „Miesbacher Anzeiger“ darauf zurückführt, daß Ludendorff am Tage vor dem Kapp-Putsch mit Handschlag gelobt habe, die Führung zu übernehmen, dann aber sich schleunigst in Sicherheit brachte. Zwischen dem „Wiking-Bund“, der Deckadresse für die „Brigade Ehrhardt“ und dem „Jungdeutschen Orden“ besteht ebenfalls Kampfstimmung. Der „Landeskomtur“ des Jungdeutschen Ordens in Bayern hat am 1. Januar Herrn Ehrhardt feierlich aufgesagt. In dem Schreiben heißt es, wie die „Chronik des Faszismus“ meldet:

„Ich war stolz darauf, daß das Jungdeutsche Regiment in entscheidungsvollen Tagen in Reih und Glied mit den kampferprobten Brigadetruppen eintreten würde für unser gemeinsames Ziel, der Befreiung Deutschlands. Infolge der Nachwirkung des 8. und 9. November 1923 ist es mir aus inneren und äußeren Gründen nicht mehr möglich, dem Verbande der Brigade anzugehören.“ ...

Mit treudeutschem Heilgruß. Für den Jungdeutschen Orden in Bayern:

Johnson, Landeskomtur.

Ehrhardt antwortete u. a.: „Aus meiner Stellung zu General Ludendorff habe ich Ihnen von Anfang an keinen Hehl gemacht und Sie haben diese Stellungnahme die ganze Zeit gebilligt.“ Weiter beschwert er sich über die Treibereien des Ordens gegen die Brigade, gegen die er bisher nicht eingeschritten ist, weil er die „Zersetzung *im völkischen Lager*“ *nicht noch vergrößern wollte*. Das Schreiben schließt: „Gemäß Ihres Wunsches sind Sie mit dem heutigen Tage Ihres Wortes entbunden. Das militärische Verhältnis des Ordens zur Brigade ist mit demselben Tage gelöst. Ich ersuche, die dem Orden als Treuhänder übergebenen Waffen der Brigade an meine Befehlsstelle Koburg zu übergeben.“

Dieses alles wissen, den Hitler-Ludendorff-Skandal noch dazu nehmen und dann kann die Frage beantwortet werden über die soviel Ministeranwärter im deutschvölkischen Lager streiten:

Können Nationalsozialisten Führer sein?

An die Peripherie des politischen Lebens

Der Ex-Kronprinz verlegt seinen Wohnsitz nach Potsdam?

(Eig. Ber.) **Berlin, 18. März.**

Der frühere Kronprinz des Deutschen Reiches ist von seinem Landsitz Oels in Schlesien kommend bereits Ende voriger Woche in Potsdam eingetroffen. Er hat in der ihm gehörenden Villa „Liegnitz“ Wohnung genommen. Wie wir hören, beabsichtigt der Exkronprinz von nun an sich ständig in Potsdam aufzuhalten; den zuständigen Behörden ist allerdings über diese Absicht noch nichts bekannt geworden. In den letzten Tagen weilte der Kronprinz auch verschiedentlich in Berlin, um verschiedenen, an ihn ergangenen gesellschaftlichen Einladungen nachzukommen. Bei seinen Berliner Aufenthalten hält er sich regelmäßig in einer von seinem Adjutanten gemieteten Wohnung in unmittelbarer Nähe des Kurfürstendammes auf.

Der Aufenthalt in unmittelbarer Nähe des Kurfürstendammes ist ja bei der Veranlagung des Hohenzollernsprosses zu begreifen. Letzen Endes versteht man auch, warum „Wilhelm der Junge“ in die Nähe des politischen Lebens drängt. Merkste was?

Macdonald schützt die weißgardistischen Spitzel

Auf eine Bitte des Papstes hat **Macdonald** sich an die Sowjetregierung gewandt und sich für verhaftete katholische Geistliche verwandt. Die Geistlichen sind verhaftet, weil sie weißgardistische und polnische Spitzel sind. Grund genug, daß Macdonald als Sozialdemokrat sich für sie einsetzt.

Warum drängt sein mitfühlendes Herz Macdonald nicht dazu, sich für die Tausende von politischen Gefangenen in Italien und Deutschland zu verwenden? Doch halt, das Interesse der englischen Bourgeoisie ist ja eng mit der deutschen und italienischen Reaktion verbunden und obendrein ist Ebert Macdonalds Freund.

Oder was würde Macdonald sagen, wenn die Sowjetregierung ihn um die Freilassung der nationalen Freiheitskämpfer in Irland und Indien bitten würde, die in britischen Kerkern schmachten? Entrüstet würde Macdonald über „bolschewistische Propaganda“ zetern.

Genosse! **Willst Du den Zehnstundentag? Willst Du wieder schutzlos der Unternehmerwillkür preisgegeben sein? Nein, sagst Du. Und doch liest Du die Zeitung Deiner Ausbeuter, nimmst die Gedanken und das Geschwätz Deiner Gegner in Dir auf! Ein klassenbewußter Arbeiter, ein Kommunist liest nur seine Zeitung, den**

Klassenkampf

Wjatka nach wie vor auf dem Posten

Der Leiter der „Roten Hilfe“ im russischen Gouvernement Wjatka, Genosse Winkow, hat Anfang Januar dem ZK. der „Internationalen Roten Hilfe“ abermals eine große Summe als Ergebnis der Sammeltätigkeit im Wjatkaer Gouvernement abgeliefert. Es waren diesmal 4800 Goldrubel, 2500 Goldrubel in Staatspapieren (2 Goldrubel gleich 1 Dollar), 290 Pud Getreide, sowie zahlreiche Gold- und Silbermünzen, Uhren, goldene Gefäße, Ringe, Silberbecher usw.

Die Wjatkaer Kameraden bleiben weiterhin die treuesten Helfer des in den Kerkern schmachtenden westlichen Proletariats.

Politische Notizen

„Sozialistischer Bund“. Wie wir erfahren, hat der aus der USPD. ausgeschiedene Reichstagsabgeordnete **Ledebour** im Verein mit mehreren Gesinnungsgenossen aus dem Lager der VSPD., USPD. eine neue Partei gegründet, die sich „Sozialistischer Bund“ nennt und bei den kommenden Reichstagswahlen in den Wahlkampf eintreten will. Eine endgültige Kandidatenliste wurde noch nicht aufgestellt, doch wird in Berlin Ledebour als Spitzenkandidat aufgestellt werden. Man könnte zu diesem neuen „Parteigebilde“ sagen: Die Partei der Querulanten.

Die Republik darf nicht genannt werden. Der frühere Volksbildungsminister **Greil** erklärte bei einem Referat, daß der preußische Kultusminister **Boelitz** in keinem Erlaß das Wort „Republik“ sehen ließe, da aber, wo republikanische Referenten es in einem Entwurf brächten, streiche es Boelitz regelmäßig und ersetze es durch die Worte „bestehende Staatsform“. Boelitz scheint in jedem Falle die Tür offen zu halten, um auch bei Hitlers „bestehender Staatsform“ mitzumimen.

Ein unnatürliches Ende des Thüringer Landtages. Der demokratische Führer **Rosenthal** bezeichnete in einer demokratischen Versammlung die Situation in Thüringen derart, daß er es infolge der parlamentarischen Lage nicht für ausgeschlossen halte, daß auch der jetzige Landtag kein natürliches Ende finden werde.

Ausland

Kommunistenverfolgung in Frankreich

Paris, 18. März. Auf Verlangen des Kriegsrats des Hauptquartiers der Besatzungsarmee der Rheinländer hat die Pariser Kriminalpolizei in den Wohnungen der Leiter der Kommunistischen Jugendorganisation und in den Bureaus gestern Haussuchungen vorgenommen.

Generalstreik der Seeleute in L'Havre

(Eig. Ber.) **L'Havre, 18. März.** Die Seeleute sind wegen Lohnforderungen in den Generalstreik getreten.

Gewerkschaftsbewegung

Die RGI. unterstützt den Kampf der deutschen Arbeiter

Das Vollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale hat zur Unterstützung des Kampfes der deutschen Arbeiter um den Achtstundentag zwei Aufrufe erlassen.

Da infolge des Verbotes der Parteipresse diese Aufrufe nicht in dem breiten Maße bekannt geworden sind, wie es notwendig wäre, skizzieren wir nachstehend kurz den Inhalt dieser Kundgebungen.

Im Aufruf an die deutschen Arbeiter wird festgestellt, daß der Kampf um die Verteidigung des Achtstundentages gleichzeitig ein Machtkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist. Soll der Raub des Achtstundentages verhindert werden, so muß das deutsche Proletariat für die Eroberung der proletarischen Diktatur kämpfen. Nur dann, wenn die überall entbrennenden Teilkämpfe zu gewaltigen revolutionären Massenbewegungen zusammengefaßt und gesteigert werden, ist der Sieg gewiß. Gleichzeitig wird zur Kenntnis der deutschen Arbeiter gebracht, daß die RGI. ihnen auch mit der Tat beistehen wird; sie hat beschlossen, **zur Unterstützung der streikenden, ausgesperrten und gemaßregelten Arbeiter, die im Kampf stehen, 20 000 Dollar zur Verfügung zu stellen.**

Im zweiten Aufruf — An die Arbeiter aller Länder — legt das Vollzugsbureau die internationale Bedeutung des Kampfes der deutschen Arbeiterschaft um den Achtstundentag dar. Es fordert gleichzeitig die Arbeiter aller Länder auf, den deutschen Arbeitsbrüdern schnelle und praktische Hilfe zu bringen. Zu diesem Zwecke müsse sofort eine **internationale Solidaritätsaktion zur Sammlung von Geldern,** zur materiellen Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten in Deutschland durchgeführt werden. Die Reformisten geben den deutschen Gewerkschaften Geld, um die Macht der arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsbureaukratie zu stützen. Die revolutionären Arbeiter müssen durch materielle und finanzielle Opfer den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen die Offensive des Kapitals unterstützen.

Die beiden Aufrufe haben schon Anlaß zu höhnischen Randbemerkungen des Sekretärs des Internationalen Gewerkschafts-Bundes, Herrn Oudegeest, gegeben. Dieser Herr spricht von den „hochtrabenden Phrasen zum Kampf gegen das Kapital, für den Achtstundentag usw.“ und brüstet sich damit, daß der IGB. den bescheidenen 20 000 Dollars, die die RGI. zur Unterstützung der kämpfenden deutschen Arbeiter zur Verfügung gestellt hat, 500 000 Fl. gegenüberstellen kann.

Die klassenbewußten Arbeiter werden in diesen Aeußerrungen erkennen, daß die Amsterdamer wieder einmal in dieser Frage sowohl in der Theorie wie in der Praxis sich auf die andere Seite der Barrikade stellen. Das Geld Amsterdams ist zur Unterstützung der verräterischen reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie, das Geld der RGI. zur Unterstützung des Kampfes der Arbeitermassen gegen das Kapital gegeben worden.

Kurze gewerkschaftliche Nachrichten

Achtung, Bauarbeiter!

Die Baustelle der Firma Meise, Halle, auf dem Anhalter Kohlenwerk Grube „Elisabeth“ bei Mücheln ist von seiten der Organisation gesperrt. Die Firma hat den Betrieb geschlossen, da die Kollegen sich weigerten, länger, als tariflich festgelegt, zu arbeiten. **Mit aller Gewalt versuchte die Firma die Kollegen zu zwingen, den Achtstundentag zu durchbrechen; da die Kollegen darauf nicht eingingen, wurden sie entlassen. Kein Kollege darf auf der Baustelle der Firma als Streikbrecher in Arbeit treten. Die Kollegen sind verpflichtet, alle Kollegen auf die Sperre aufmerksam zu machen, damit der Firma gezeigt wird, die Organisation der Bauarbeiter läßt nicht mit sich spielen.**

Baugewerkschaft Merseburg.

Union der Hand- und Kopfarbeiter. Am Donnerstag, dem 20. März, abends 7½ Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine Mitgliederversammlung statt. **Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.**

Neues vom Tage

Ein Doppel-Selbstmord. In Christianental bei Wernigerode verübte ein Liebespaar Selbstmord durch Erschießen. Holzfäller fanden die beiden Leichen und benachrichtigten die zuständigen Behörden. Wie verlautet, soll es sich um einen Ingenieur und seine Braut handeln. Der Grund dürfte in Schwierigkeiten zu suchen sein, die sich jedenfalls einer ehelichen Verbindung der beiden entgegensetzten. Beide Leichen sollen Kopfschüsse aufweisen, die aus den zwei Pistolen stammen, die neben den Leichen aufgefunden wurden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240319-16/fragment/page=0003

Unglück bei einem Motorradrennen. Wie die „Münchener N. N.“ melden, ereignete sich bei einem am Sonntag vom Münchener Klub für Motorsport veranstalteten Bergrennen für Motorräder in der Nähe von Grünwald bei München ein tödlicher Unglücksfall. Durch die Schneeschmelze waren die Straßen schlecht fahrbar geworden. Der Fahrer Brickmann kam, als er in rasender Fahrt eine Kurve nahm, mit seinem Motorrad ins Rutschen und wurde mit voller Gewalt gegen einen Geländerbetonpfeiler geschleudert. Er zog sich einen Schädelbruch zu, an dem er bald darauf starb.

Unter einem einstürzenden Wohnhaus begraben. In dem Vorort Königshof bei Krefeld ist ein dreistöckiges Wohnhaus eingestürzt. Eine Anzahl Bewohner wurde unter den Trümmern begraben. Die Feuerwehr nahm die Rettungsarbeiten auf; doch konnten eine Frau, ihr zehnjähriger Sohn und ihre siebenjährige Tochter nur als Leichen geborgen werden. Der Ehemann, der mit in die Tiefe stürzte, kam dagegen mit unerheblichen Verletzungen davon. Eine andere Frau wurde schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft. Mehrere andere Hausbewohner erlitten leichtere Verletzungen.

Eine Streichholzfabrik abgebrannt. Dem „Petit Parisien“ wird gemeldet, daß eine Streichholzfabrik in Turin durch eine Explosion völlig zerstört wurde. Es habe 22 Tote gegeben.

Vom Zyklon umgeworfen. Aus Delhi wird ein schweres Eisenbahnunglück gemeldet: Auf der Strecke Kumaon wurde ein Eisenbahnzug von einem furchtbaren Zyklon aus dem Gleise geworfen. Fünf Wagen fielen in einen Fluß. Ungefähr 50 Personen wurden dabei getötet, fast die gleiche Zahl von Fahrgästen verwundet.

Internationales Schachtournier in Neuyork. Im Hotel „Alamac“ hat dieser Tage das Internationale Schachtournier begonnen, an welchem elf der größten Schachmeister der Erde teilnehmen. Es ist vereinbart, daß immer fünf Partien zugleich gespielt werden. Jeder Teilnehmer hat mit allen übrigen zwei Partien zu spielen, während ein Spieler Pause hat. Das erste bekanntgewordene Ergebnis war, daß die Partie Capablanca und Janowski nach zwanzig Zügen remis geworden ist. Um Mitternacht wurden noch folgende Ergebnisse bekanntgegeben: Alechin gewann gegen Yates, Tartakower gegen Bogoljubow; die Partien zwischen Marshall und Reti sowie zwischen Maroczy und Emanuel Lasker wurden remis. Morgen wird Lasker mit Janowski spielen.

Verantwortlich: Louis Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Bei Schmerzen in den Gelenken und Gliedern hat sich Togal wegen seiner harnsäurelösenden Wirkung hervorragend bewährt. Es wird von vielen Aerzten empfohlen. In allen Apotheken. Best. 64,3% Acid. acet. salic., 0406% Chinin. 12,6% Lithium ad 100 Amylum. [*137

Produktiv-Genossenschafts-Mitglieder in Stadt und Provinz erscheint zahlreich zur General-Versammlung am kommenden Sonntag, vormittag 9 Uhr, im „Volkspark“ (Kleiner Saal)

Neuyork bei Nacht? Der große Fox-Film! Première: Donnerstag, 20. März C. T. Gr. Ulrichstraße 51

Leder-Ausschnitt Schuhmacher-Bedarfsartikel Gummiabsätze kauft man nur im Spezialgeschäft bei **Wilh. Kranig** Neue Promenade 15 876

Allgemeiner Konsum-Verein Halle u. Umgegend e. G. m. b. H.

Wir suchen zum Antritt per 1. April und 27. April 1924 für ländliche Verkaufsstellen

2 Lagerhalter

Bewerbungen sind bis Dienstag, den 25. März 1924, abends 6 Uhr, an den Vorstand des Allgemeinen Konsum-Vereins Halle, Landsberger Straße 13, mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzusenden.

902 Der Vorstand

Stadt-Theater Donnerstag 7½ Uhr **Marquis von Keith.** 903 Freitag: **Waffenschmied.**

Jugendschriften empfiehlt Volksbuchhdlg.

Neuyork bei Nacht? Der große Fox-Film! Première: Donnerstag, 20. März C. T. Gr. Ulrichstraße 51

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001 Artur Sämisch Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen:

Ortsverein Halle

Distrikts- und Betriebszellenleitungen. Donnerstag, 20. April, abends 7½ Uhr, im „Volkspark“: Sitzung.
Distrikt 12. Distriktsversammlung ist auf Freitag, den 21. März, verlegt.
Distrikt 15. Freitag, 21. April, abends 8 Uhr: **Distriktsversammlung.**
Distrikt 22. Freitag, 21. März, abends 8 Uhr, bei Weber: **Distriktsversammlung.**

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Donnerstag, 20. März, 7 Uhr, im „Elstertal“: **Funktionärversammlung.**
Dieskau. Sonntag, 23. März, nachm. 2 Uhr, im Gasthof: **Oeffentl. Frauenversamml.**
Oppin. Mittwoch, 19. März, abends 8 Uhr, in Ferls Lokal: **Mitgliederversammlung.**
Lettin. Sonntag, 23. März, nachmittags 3 Uhr: **Märzfeier.**
Brachstedt. Sonntag, 23. März, nachm. 3 Uhr, Gasthof Koch: **Oeffentl. Volksversamml.**
Beuchlitz. Sonntag, 23. März, nachm. 3 Uhr, Gasthof Schubert: **Oeffentl. Versamml.**
Sennewitz. Sonntag, 23. März, nachm. 2 Uhr, im Papstschen Lokal: **Oeffentliche Wahlversammlung.**
Löbejün. Sonnabend, 22. März, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“: **Oeffentliche Volksversammlung.**

Mansfelder Seekreis

Hergisdorf. Sonntag, 23. März, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof „Fortuna“: **Oeffentliche Volksversammlung.** Referent zur Stelle.
Alsleben. Sonnabend, 22. März, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**
Erdeborn. Sonntag, 23. März, abends 7 Uhr, im Gasthof „Zum Weißen Roß“: **Mitgliederversammlung.**

Mansfelder Gebirgskreis

Klostermansfeld. Sonntag, 23. März, vorm. 10 Uhr: **Oeffentliche Volksversammlung.**
Siersleben. Sonntag, 23. März, nachmittags 3 Uhr: **Oeffentliche Volksversammlung.**

Kreis Merseburg

Clobigkau. Sonntag, 23. März, nachm. 2 Uhr, im Gasthof: **Oeffentliche Versammlung.**
Delitz am Berge. Freitag, 21. März, abends 7½ Uhr, im Restaurant Kittelmann: **Oeffentliche Volksversammlung.**

Kreis Liebenwerda

Plessa. Donnerstag, 20. März, abends ½8 Uhr, im Gasthof zur Eisenbahn: **Oeffentliche Volksversammlung.**
Biehla. Sonnabend, 22. März, abends 8 Uhr, Gasthof Lohse: **Oeffentl. Versammlung.**
Grünewalde. Freitag, 21. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Walke: **Oeffentliche Volksversammlung.**
Mühlberg. Sonnabend, 22. März, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“: **Oeffentl. Versammlung.**

Kreis Wittenberg

Bad Schmiedeberg. Donnerstag, 20. März, abends 7½ Uhr: **Oeffentliche Volksversammlung.** Referent zur Stelle.

Kreis Sangerhausen

Wolferstedt. Sonnabend, 22. März, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Oeffentliche Versammlung.** Referent bestimmt zur Stelle.
Kalbsrieth. Freitag, 21. März, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.**
Reinsdorf. Sonnabend, 22. März, abends 8 Uhr, im Schröterschen Saal: **Märzfeier.**

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 21. März, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“: **Mitgliederversammlung.** Bericht vom Bezirksparteitag.
Teuchern. Sonntag, 23. März, nachm. 2 Uhr, „Grüner Baum“: **Mitgliederversamml.**
Langendorf. Sonnabend, 22. März, abends 8 Uhr, bei Lorbeer: **Oeffentliche Versammlung.**

Kreis Zeitz

Zeitz. Freitag, 21. März, abends 7 Uhr, im Restaurant „Herberge“, Herrenstraße: Funktionärsitzung. — Freitag, 21. März, abends 7 Uhr: **Frauenversammlung.**
Zeitz. Sonntag, 23. März, vormittags 9 Uhr, in der Schuhmacher-Herberge: **Kreisfunktionärkonferenz.**
Kretzschau. Sonntag, 23. März, abends 7½ Uhr, Gasth. Börner: **Mitgliederversamml.**

Kreis Delitzsch

Landsberg. Sonnabend, 22. März, abends 8 Uhr, in Gütz bei Landsberg, im Gasthof Henze: **Mitgliederversammlung.**
Eilenburg. Freitag, 21. März, abends 8 Uhr, im „Tivoli“: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Sonntag, 23. März, vorm. 9 Uhr, im „Bürgergarten“: **Kreiskonferenz.**
Greppin. Freitag 23. März, abends 8 Uhr, Gasthof Schmidt: **Generalversammlung.**
Wolfen. Donnerstag, 20. März, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**
Roitzsch. Sonnabend, 22. März, abends 8 Uhr, im Gasthof „Tanne“: **Oeffentliche Frauenversammlung.**

Kreis Naumburg

Naumburg. Freitag, 21. März, 8 Uhr, „Goldener Hahn“: **Oeffentl. Volksversammlung.**

Aus dem Bezirk Hessen-Waldeck

Kassel. Freitag, 21. März, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des „Stadtparkes“: Märzgedenkfeier. Referent: Reinhold Schoenlank-Halle.
Hofgeismar. Freitag, 21. März, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum deutschen Kaiser“: Oeffentliche Volksversammlung. Referent: Genosse Paul.

Bestellschein

D..... Unterzeichnete bestellt vom .... ab zum monatlichen Bezugspreise von **2,40 Mark** den

Klassenkampf

mit den Beilagen: **Illustrierte Internationale Arbeiter-Zeitung „Sichel und Hammer“; „Leben, Wissen, Kunst“; „Kämpfende Jugend“; „Die kommunistische Frau“** und **„Befreites Land“**

Wohnort: ...., den .... 192...

Name: ....

Straße: ....

Soeben in unserem Verlage erschienen:

Zwei Jugendweih-Bilder

von dem bekannten Kunstmaler Karl Völker, Halle

(Holzschnitt, Format 34×49 und 34×37, mit Schrift, auf gutem Japanpapier gedruckt)

Preis pro Stück nur 50 Pf.

Die Bilder sind in unserer Bezirks-Zentralbuchhandlung erhältlich, wohin auch alle sonstigen Bestellungen zu richten sind

Produktiv-Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251

Freie Turnerschaft Rasberg 63 Sonnabend, den 22. März 1924, im „Schweizergarten“: **Großer Bunter Abend,** verbunden mit Jahrmarktsrummel Beginn 7 Uhr Ende??? Hierzu ladet ein Der Turnrat

Kaffeehaus Roland Mittwoch, den 19. März: **Großes Schlachtefest** Ab 10 Uhr: Wellfleisch **Frühkonzert** 883

August Kälz Naturheilkundiger u. Homöopath 156 Große Gosenstraße 20 Sprechstunden: vorm. 8—10, nachm. 3—6

Wir führen nur Ia. Qualitäten
Gerstenschrot, gar. rein, 2 Pfd 25 Pf
Gerste, vollkörnig . . 3 Pfd. 35 Pf
Hafer . . . . . . 1 Pfd. 9 Pf
Kückenfutter
vorzügliche Mischung 1 Pfd 17 Pf
Hirse, roh . . . . . 1 Pfd 15 Pf.
Hirse geschält . . . . 1 Pfd. 18 Pf.
Buchweizengrütze. Bruchreis
Hundekuchen 906
bestes Fabrikat. . 1 Pfd. 25 Pf.
ferner Kleie, Schnitzel usw.
Kartoffelflocken
und alle übrigen Futtermittel zu billigsten Tagespreisen
Fischmehl, Fleischmehl, Knochenschrot
EIVERGE Futtermittel-Aktiengesellschaft Halle Fernsprecher 6356
1. Verkaufsstelle: Gr. Märkerstr. 5
2. Verkaufsstelle: Treffstr. 16 (Hof)

Homöopath u. Naturheilkundiger (auch galvanische Behandlung) **Erich Tietze,** Merseburg, Große Ritterstraße 1. Sprechstunden Dienstags u. Sonnabends vormitt. v. 9-12, nachmitt. v. 2-6 Uhr, 264] Sonntags von 11-1 Uhr.

Feldschmiede gebraucht, guterhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 863 an die Expedition des „Klassenkampf“ erbeten.

Billige Möbel 802 Küchen, Schlafzimmer, Schränke in allen Größen, Bettstellen, Waschkommoden, Nachtschränkchen sowie alle Arten Einzelmöbel verkauft preiswert **M. Jungblut,** Albrechtstraße 37.

Sowjetsterne in den bekannten Größen, Stück 35, 45 und 50 Pf. und **Runen** wieder eingetroffen. Zu beziehen durch die **Bezirks-Buchhandlung** und deren Filialen

Fahrräder von 80 Mk. an, billige Mäntel und Schläuche, **Nähmaschinen** 284 in großer Auswahl. Zahlungserleichterung. **Dimke & Herrmann** Am Markt Weißenfels, Gr. Burgst. 1 Reparaturen schnellstens.

Große **Werbe-Woche** bis 22. März **Lebensmittelhaus Alfred Hossack** Weißenfels 262

Eis. u. transport. **Kachel-Oefen** Patentgrudeu Waschkessel Hausbacköfen 148 Sparlocher Gasherde **Kochherde** **Christian Glaser,** Halle, Gr. Klausstr. 24, Fernsprecher 6138. Reinigen u. Reparieren aller Oefen Blechschmiede

Gut u. billig kaufen Sie **Schaftstiefel** gewalkt, mit Kerndoppelsohlen nur **18**75 **Arbeitsstiefel** sehr dauerhaft 112 nur **11**50 **Frauen-Weitschaft- u. Herren-Randbog-Stiefel** sehr bew. im Tragen . nur **11**50 **Ledergamaschen** ohne Naht, schw. u. braun **11**50 **Schuhhaus Roland** Steinweg 19 Wiederverkäufer gel.

Fahrräder und 157 **Ersatzteile** Otto Hänisch Turmstraße 156 — Telephon 2719 —

Gehr. Anzug für Konf. pass., z. verk. Ammendorf, Schachtstr. 3, Hof

Gebr. Fahrräd. Rahmenbau, Felgen sowie alle Einzelteile zu kauf. ges. Off. u. 901 a. d. Exped. d. Bl.

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Weißenfels Billig 145 **Schuhbesohlen** Damensohlen m Abs von 2,50 M. an Herrensohlen m Abs von 4,00 M. an **Wilh. Wunderlich** Nikolaistraße 31

Auf Kredit bekommen Sie bei mir Bettwäsche Inletts Hemdentuche Hemden-Barchent Blusen- und Rockbarchent Schürzenstoffe Handtücher Wischtücher Taschentücher Blaudruck zu Kleidern Aeußerst billige Preise! Teilzahlung gestattet! **Gertrud Kemnitz** Zeitz [264 Schützenstraße 18 p Kein Laden!

empfehlen die **Volks-Buchhandlung** Lerchenfeldstraße 14 Harz 42-44 **Schulbücher**

Kons.-Produktiv-Genossenschaft „Volkshaus“ e. G. m. b. H., Bockwitz

Sonntag, den 23. März, nachm. 5 Uhr:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 5

1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 1923. — Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Aenderung der §§ 8 und 11.
4. Beschlußfassung über eventuelle Aufwertung der Anteile.
5. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
6. Genossenschaftliches.

Der Aufsichtsrat
J. A.: R. Lorenz, Vorsitzender

Die Kommunistin Nr. 1 Februar-März-Ausgabe Jahrgang 6 **ist soeben erschienen**

Die textliche wie bildliche Ausstattung ist eine sehr gute. Nicht nur jede Kommunistin, jede Werktätige muß sie lesen, wenn sie ihre Interessen vertreten will

Zu beziehen durch: **Bezirks-Zentralbuchhandlung** Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 und deren Filialen

Allgemeine Ortskrankenkasse Lauchstädt-Schafstädt i. Lauchstedt

Wir verweisen nochmals auf unsere Bekanntmachung vom 1. Februar 1924 wonach die in Merseburg, Halle und im Geiseltal wohnenden Mitglieder das Krankengeld in Merseburg, Gr. Ritterstr. 5 (Landkrankenkasse) abholen können

Lauchstedt, den 18. März 1924
*138 Der Vorstand J. A.: Dammköhler

Mohn stets frisch gemahlen bei **F. Beerholdt** Inh.: Ernst Viehweg 905 Kolonialwaren Bechershof 8 (am Markt)

Möbliertes Zimmer zum 1. April gesucht (Südviertel bevorzugt). Angebote unter Nr. 883 an die Expedition des „Klassenkampf“ erbeten.

Zeitungsausträger gesucht: für Taucha bei Weißenfels, zu melden bei Fritz Spahn; für Radis bei Gräfenhainichen zu melden bei Georg Triebel; für Reichardswerben und Bosendorf (Kreis Weißenfels), zu melden bei Walter Werner in Tagewerben 119; für Nebra, zu melden bei Reinhold Schmidt, Bleichplom Nr. 7

Familien-Nachrichten

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben, unvergeßlichen, treusorgenden Frau, sage ich allen, welche ihr die letzte Ehre erwiesen, aufrichtigen Dank. Insbesondere dem Frauen- und Männerchor, der Gemeinde-Verwaltung, den Arbeitern und Angestellten, der KPD.-Ortsgruppe, sowie dem Gen. Kroh für seine anerkennenden Worte am Grabe Dank allen für die reichen Kranzspenden *138

Der trauernde Gatte
Wilhelm List, Ammendorf

Halle und Saalkreis.

Halle, den 19. März 1924.

Die Maske ab!

Was soll uns Eure Ordnung, die uns Recht verwehrt?
Was soll uns Eure Ruhe, die uns nicht ernährt?
In Eurer Ruhe schändet ihr die Kinder,
In Eurer Ordnung herrscht der Menschenschinder,
In Eurer Ruhe beutet ihr uns aus,
In Eurer Ordnung finden wir kein Haus,
In Eurer Ruhe rüsten Söldnerherden,
In Eurer Ordnung blüht Proletenmorden,
In Eurer Ruhe geht ein ganzes Volk zugrunde,
In Eurer Ordnung schlägt ihm nie Befreiungsstunde.
Die Maske ab! Wir woll'n nicht mehr!
Wir treten gegen Eure Ordnung ins Gewehr!
Verflucht die Ordnung, die den Geldsack schützt,
Verflucht die Ruhe, die Verräter stützt.
Wir stören Eure Ruhe, sie ist nur Heuchelei,
Wir brechen Eure Ordnung, denn sie ist Sklaverei.

Kapitalistischer Betrug

Als in der Inflationsperiode das Unternehmertum den ungeheuren Reibdach machte, als der Arbeiterschaft, die man mit entwerteten Papierlappen abspeiste, offensichtlich der Betrug dieser Betrüger aufs Butterbrot geschmiert wurde, da versuchten die Naturheilkundigen für Währungskrankheiten dem deutschen Arbeiter einzureden, daß wenn eine stabilisierte Mark geschaffen würde, der Betrug aufhören müßte. Es gab viele deutsche Arbeiter, die sich von dem Phrasenschwall, mit dem auch die sozialdemokratischen Finanzkünstler hausieren gingen, betören ließen. Nun höre man folgendes Exempel, das die Direktion der Chemischen Fabrik Buckau in Ammendorf statuiert hat:

Im August 1923 erhielten die Arbeiter des Werkes 10 Milliarden Papiermark Vorschuß, der selbst beim Jahresabschluß noch nicht in Anrechnung gebracht worden war. Die Direktion spekulierte in ganz raffinierter Weise. Als dieser Tage ein Arbeiter wegen Verstoß gegen die Arbeitsordnung entlassen wurde, besann man sich, diesem jene 10 Milliarden Papiermark unter Zugrundelegung folgender Rechnung in Abzug zu bringen: Zehn Milliarden Papiermark wurden im August 1923 gleich 24 Stundenlöhne gerechnet, im August 1923 erhielt man für 10 Milliarden Papiermark zwei Pfund Margarine, heute werden dem Arbeiter 24 Stundenlöhne gleich 9,72 Gold-Mark in Abzug gebracht. Ob es wirklich in der deutschen Staatsrechtslehre einen Menschen gibt, der dieses Rechenexempel selbst nach bürgerlichen Begriffen verteidigen kann? Was hätte wohl die Direktion getan, wenn ein Arbeiter noch Anspruch auf 10 Milliarden Papiermark vom August 1923 zu beanspruchen hätte? Wir behaupten mit Bestimmtheit, die Direktion hätte dem Arbeiter bestimmt 10 Milliarden Papiermark gleich 1 Rentenpfennig ausgezahlt. Dies Exempel beweist mit wunderbarer Deutlichkeit, daß das deutsche Unternehmertum aus jeder Situation seine Profite schindet, ob Inflationsperiode oder stabile Währung, gleichviel: der Proletarier wird betrogen vom Anfang bis zumEnde.

Wann finden die Gemeindewahlen statt?

Die Verordnung des Reichspräsidenten, die Reichstagsneuwahlen am 4. Mai vorzunehmen, hat zu einer, wenn auch bisher nicht offen zutage getretenen Differenz zwischen Reichs- und preußischer Staatsregierung geführt. Zum gleichen Termin waren nämlich die preußischen Gemeindewahlen angesetzt. Obwohl die Reichsregierung die Verschiebung dieser Gemeindewahlen vorgeschlagen und der Gemeindeverband der preußischen Städte in einem Gutachten auch empfohlen und gutgeheißen hat, nehmen die zuständigen preußischen Stellen grundsätzlich eine andere Haltung in dieser Frage ein. Man ist der Auffassung, daß unbedingt an dem einmal durch Beschluß des Landtages bestimmten Termin der bereits verschiedentlich verschobenen Gemeindewahlen festgehalten werden muß. Eine Bindung in diesem Sinne bedeutet auch die Zusage der Interalliierten Rheinlandkommission, in den besetzten Gebieten Preußens die Abhaltung der Gemeindewahlen am 4. Mai zu sichern. Eine Verschiebung der Gemeindewahlen, wie angeregt um acht Tage, empfiehlt sich insofern nicht, als nach dem Beschluß des Reichstages 14 Tage nach den Reichstagsneuwahlen in Hannover die Vorabstimmung in Verfolg der Selbständigkeitsbestrebungen zu erfolgen hat. Unzweifelhaft würde in diesen Gebieten infolge von drei aufeinander folgenden Wahlsonntagen eine Wahlmüdigkeit zu ungunsten einer der drei Wahlen zu verzeichnen sein. Eine Hinausschiebung auf einen noch späteren Termin ist letzten Endes überhaupt nicht möglich, da in einzelnen Gemeinden hinsichtlich der Gemeindeparlamente schon lange ein gewisser Notstand herrscht. Durch Todesfall, Verzug und Ausscheiden sind die von der letzten Wahl im Jahre 1919 stammenden Listen verhältnismäßig erschöpft.

Halles Einwohnerzahl

hat nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes am 1. März 1924 195 497 Personen betragen; sie ist damit wohl um 121 Köpfe gegenüber dem 1. Februar gestiegen, bleibt aber hinter der Einwohnerzahl am 1. März 1923 noch um rund 300 Köpfe zurück. Von dem kleinen Zuwachs von 121 Köpfen entfallen 105 auf den Ueberschuß der Zuzüge über die Fortzüge und der bescheidene Rest auf den sogenannten Geburtenüberschuß. Der Februar 1924 zeigt damit die gleiche Gestaltung in der Bevölkerungsbewegung wie sein Vormonat, wo ebenfalls das kleine Ansteigen der Einwohnerzahl fast restlos auf den Wanderungsunterschied entfiel. Der Februar 1924 steht mit dieser Gestaltung seiner Bevölkerungsbewegung aber auch ebenso im Gegensatz zum Februar des Vorjahres, wie wir das kürzlich für den Januar zeigen mußten.

Volkstümliche Konzerte im „Volkspark"

Am Montag hat eine Sitzung aus Vertretern des Arbeiter-Bildungsausschusses, Gewerkschaftskartells, Kulturvereinigung sowie anderen in Betracht kommenden Organisationen stattgefunden. In diesem Sommer sollen die im vorigen Sommer eingeführten Konzerte weiter geführt werden. Die Konzerte sollen von dem Philharmonischen Orchester jeden Dienstag, vom 13. Mai bis zum 16. September, stattfinden, bei schönem Wetter in dem herrlichen schattigen Garten und bei ungünstiger Witterung in dem guten lustigen großen Saal. Um einen ständigen Personenkreis für die Konzerte zu schaffen, sollen Abonnementskarten (Stamm- und Nebenkarten) für 18 Konzerte ausgegeben werden. Der Preis für die 18 Konzerte beträgt im Abonnement 3 Mk. und für die Familienangehörigen 2 Mk. pro Karte, außerdem werden Karteninhabern die vom Bildungsausschuß oder von der Volksparkverwaltung außer Abonnements veranstalteten Konzerten an Wochentagen Vergünstigungen gewährt. Die organisatorische Vorbereitung der Konzerte hat der Arbeiter-Bildungsausschuß übernommen, die Einzeichnungslisten werden demnächst in den noch bekanntzugebenen Stellen ausgelegt. Der Preis für die Volkskonzerte ist äußerst niedrig gehalten, um allen den Besuch zu ermöglichen. Nur durch eine starke Beteiligung ist es möglich, gute Veranstaltungen zu bieten.

* **Zur Jugendweihe.** Am Freitagabend, 7 Uhr, findet im kleinen Saal des „Volkspark" eine Hauptprobe statt. Alle Mitwirkenden (Sprechchor, Mandolinengruppe, Rezitationen) und sämtliche Kinder, die an der Jugendweihe teilnehmen, müssen sich pünktlich einfinden. Kinder, die zu weit wohnen, brauchen natürlich nicht zu erscheinen. Sämtliche Gruppenleiter müssen mit zugegen sein.

Der 18. März in Halle

Die hallische Arbeiterschaft gedachte gestern, am 18. März, der Toten, die im proletarischen Befreiungskampfe für die Revolution gefallen sind, und der Lebenden, die unter den Verfolgungen des Weißen Terrors leiden. Da in diesem Jahre der 18. März nicht auf einen Sonntag fiel, wurden nur Deputationen zu den Gräbern der gefallenen Klassengenossen geschickt. Es waren dies Deputationen der Partei, Ortsgruppe und Bezirksleitung, der Frauen, der Jugend, der Erwerbslosen und der Kinder. Diese Deputationen marschierten vormittags 9 Uhr von der „Produktiv-Genossenschaft" in kurzen Abständen durch die Stadt nach dem Gertraudenfriedhof, wo sie an den Gräbern ihrer toten Mitkämpfer Kränze niederlegten. Als erster legte ein Erwerbsloser einen Kranz im Namen der hallischen Erwerbslosen nieder. Ihm folgte der Genosse Schneidewind für die Ortsgruppe Halle der KPD., dann die Frauen, die Jugend und die Kinder. Auch die Ortsgruppe Kanena legte einen Kranz niederlegen. Alle Ansprachen schlossen mit dem Schwur, das Werk, für das die Klassengenossen im Kampfe gefallen sind, weiterzuführen und nicht eher zu ruhen, bis die arbeitende Bevölkerung vom Joch des Kapitalismus befreit ist. Im Namen der Bezirksleitung Halle-Merseburg legte die Genossin Krüger einen Kranz nieder. In ihrer Ansprache gab sie einen kurzen Rückblick über die Entwicklung bis zur deutschen Revolution, die die deutsche Arbeiterschaft aus den Klauen der kapitalistischen Henker befreit hatte, und über die Entwicklung der deutschen Revolution, die unter Führung der deutschen Sozialdemokratie eine neue Klassenherrschaft der Ausbeuterklasse unter dem heuchlerischen Deckmantel einer demokratischen Republik aufrichtete. Erst dieser demokratischen Republik mit den sozialdemokratischen Ministern blieb es vorbehalten, 20 000 klassenbewußte Proletarier im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse, im Kampfe um den Sozialismus abschlachten zu lassen. Keiner der ermordeten Genossen ist bisher von der deutschen Klassenjustiz gerächt worden. Das bleibt dem Proletariat vorbehalten. Das deutsche Proletariat wird nicht eher ruhen, bis diese Opfer gerächt sind.

Der Kundgebung auf dem Friedhof hatten sich auch die erwerbslosen Pflichtarbeiter, die auf dem Friedhof arbeiten, angeschlossen und nahmen so, wie sie von der Arbeit kamen, daran teil.

Eine Ehrenwache, gestellt von den Arbeitern, hielt dann die Totenwache bis zum Abend an den Gräbern ihrer toten Genossen. Auch an den Gräbern der Schupobeamten war eine Ehrenwache von Schupobeamten mit Karabinern aufgestellt worden. Ob zu Ehren der gefallenen Kameraden oder zur Verhütung von Beschädigungen durch Arbeiter, ist uns nicht bekannt. Aus einem Polizeigehirn können die blödesten Gedanken entstehen.

In kleinen Gruppen zogen dann diese Deputationen nach dem Südfriedhof, um auch dort einige Kränze niederzulegen.

Die Feier im „Volkspark".

Zur Abendfeier im „Volkspark" hatten sich ungeheure Massen eingefunden. Der große Volkspartsaal war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Veranstalter hatten es sich zur Aufgabe gemacht, das für das Proletariat im März so Bestimmende zu symbolisieren: das winterlich Zusammengedrängte, Dumpfe der Massen in der Trauer um die vergangenen Märzniederlagen und das hoffnungsvoll Neue im Entschluß zu frischem Kampf. Der Inhalt des Abends wurde dem auch vollkommen gerecht. Genosse Kilian trug mit Unterstützung eines Sprechchors aus erwerbslosen Arbeitern mehrere Gedichte aus seinem Zyklus „Generalstreik" vor. Gerade diese Gedichte sind besonders geeignet, die Kampfstimmung der Massen auszulösen und was eben so wichtig ist, sie auch empfinden zu lassen. Die Chöre, die illustrieren und pantomimisch mitwirken, verlebendigten die gesprochenen Worte.

Das Programm wurde durch Gesangsvorträge des Arbeiter-Sängerchors abwechslungsreich gestaltet.

Eine Rede des Genossen Bernhard Koenen rief das Gedächtnis an die Märzopfer wach, an die Opfer der Pariser Kommune und die der gefallenen deutschen Proletarier in den revolutionären Kämpfen der letzten Jahre. Die Rede brachte das Gedenken der revolutionären Geschehnisse, besonders der in Mitteldeutschland. Den großen Kampf von 1919, der weit über das hallische Gebiet hinausging, behandelte er ausführlicher. Trotz dieses scharfen Kampfes, trotz der vielen nun folgenden Kämpfe erlitt das Proletariat nur Niederlagen. Es wird ihnen nichts geschenkt. Alles muß erkämpft werden. Und es kommt für das Proletariat gar nicht darauf an, daß das Bürgertum dem Proletariat etwas gibt, daß es ihm Rechte zusteht, sondern daß die proletarische Klasse sich die Rechte nimmt und die heute gebende Klasse vernichtet. Daß das bis jetzt noch nicht geschehen ist, ist die große Schuld der Reformisten, die glauben, ohne Kampf das Ziel des Sozialismus zu erreichen. Nun ist nur noch eine Erinnerung an die in den Märztagen erkämpften Rechte geblieben: die Betriebsräte. Auch sie haben erheblich an Macht verloren. Sie sind uns sogar oft zum Abschen geworden. Doch kann uns auch dies nicht die Hoffnung nehmen, daß Arbeiterräte, daß Räte geschaffen werden, die die Macht erobern. Die Vergangenheit des Deutschen vor 1918 weist keine revolutionären Machtkämpfe auf, von denen die Unterdrückten tatsächlich den Willen zur Eroberung der Macht hatten. Wir glauben nicht, daß das deutsche Proletariat in die Fußstapfen des deutschen Bürgertums treten wird. Die revolutionäre Tat muß bewußt geschehen. Es genügt nicht, daß aus der Not der Zeit heraus ein Grollen, ein Aufbrausen vor sich geht, es muß ein Kern, es muß ein Konzentrationspunkt da sein in einem bewußten Willen zur Macht. Wir müssen die Verantwortung auf uns nehmen und diesen Willen zur Revolution steigern. Erst aus solchen Kämpfen kann der Sieg des Proletariats hervorgehen. Es genügt nicht, auf den Kommunismus zu warten und von ihm zu träumen. Unsere Generation erlebt den Kommunismus nur, wenn sie kämpft. Nur, wer neben seinem Beruf und seinem täglichen Leben Berufsrevolutionär ist, wer sein ganzes Erleben dem revolutionären Kampf widmet, kann sagen, daß er Kommunist ist.

Dem Vortrag folgten wiederum Gesangsvorträge des Arbeiter-Sängerchors und Rezitationen des Genossen Kilian. Der Sprechchor auf der Bühne beendete die Feier mit dem Rotgardistenmarsch, der zum Schluß gemeinsam gesungen wurde.

*

Die nervöse Schupo

Als gestern vormittag die Kranzdeputationen nach dem Friedhof in einzelnen kleinen Gruppen durch die Stadt zogen, kam es auf dem Marktplatz zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Die Polizei war der Ansicht, daß die Teilnehmer einzeln gehen mußten. Kurze Zeit darauf kam eine zweite Deputation, die eine rote Fahne zusammengerollt mit sich führte. Sofort wurde die Schupo alarmiert, die einen Sturmangriff auf die rote Fahne organisierte. Nachdem sie den Fahnenträger blutig geschlagen hatten, wurde die Deputation nach der Wache geschleppt, wo sie nach kurzer Zeit wahrscheinlich auf Anweisung einer höheren Dienststelle, wieder freigelassen wurde. Vor dem Gertraudenfriedhof kam es noch einmal zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Hier wollte die Polizei verhindern, daß die rote Fahne mit auf den Friedhof genommen wird. Dieses Ziel aber erreichte sie nicht. Die Feier wurde durch die Polizeischikanen nicht beeinträchtigt.

Herrn Runge, dem Sozialdemokraten, möchten wir bei dieser Gelegenheit empfehlen, die ihm unterstellten Beamten doch einmal dahin zu instruieren, daß auch zusammengerollte rote Fahnen (auch unter dem Belagerungszustande) auf der Straße getragen werden können. Wenn schwarzweißrote Fahnen durch die Stadt herumgeschleppt werden, nimmt kein Beamter daran Anstoß nur wenn ein Kommunist eine rote Fahne (zusammengerollt) mit sich führt, glaubt die Polizei, einschreiten zu müssen.

*

Sozialdemokratie und 18. März.

Die Sozialdemokratie, die bislang am 18. März noch immer einen Kranz an den Gräbern der Revolutionskämpfer niederlegte, um wenigstens in den Augen der Arbeiterschaft den Gedanken zu fördern, daß die Sozialdemokratie die Revolution als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse anerkennt, hat in diesem Jahre auch mit diesem „Brauch" gebrochen — und keinen Kranz niedergelegt. Nicht einmal der Kämpfer, die für die Erhaltung der damals sehr wackligen Ebert-Republik gefallen sind, gedenkt sie heute noch. Sie sind gefallen und tot für immer, wie auch jene Millionen, die für die Profitinteressen der imperialistischen Räuber abgeschlachtet worden sind, für die Bourgeoisie tot sind.

Kreiskonferenz für den Saalkreis

Am Sonntag, dem 23. März, vormittags 10 Uhr, findet in der „Produktiv-Genossenschaft" in Halle eine Kreiskonferenz für den Saalkreis statt. Jede Ortsgruppe muß einen Delegierten entsenden. Die Kreisleitungsmitglieder treffen sich eine Stunde früher.

Die Kreisleitung.

Saalkreis

Ammendorf. Das letzte Geleit. Unter einer außerordentlich starken Beteiligung der Arbeiterschaft von Ammendorf und Radewell fand am vergangenen Sonnabend die Beisetzung unserer verstorbenen Genossin Wilhelmine List statt. Die Ortsgruppe Ammendorf der KPD. hat in ihr eine Genossin verloren, die an allen Fragen, die das Proletariat betraf, regen Anteil nahm. Ihre Aufopferung für unsere Sache kannte keine Grenzen. Unermüdlich war sie in der Kleinarbeit innerhalb der Partei tätig. Mit besonderer Liebe nahm sie sich der gehetzten Genossen an, die gezwungen waren, illegal zu leben. Aber auch die ärmsten der Armen half sie durch Unterstützung, soweit ihre Lage es gestattete. Die Jugend verliert gleichzeitig in ihr eine sorgende Mutter, die mit der jungen Generation immer in engster Fühlung stand. Der Ammendorfer Frauen- und Mädchen-Chor wie der Männer-Gesangverein waren fast vollzählig vertreten, um ihrer verstorbenen Sangesschwester die letzte Ehre zu erweisen. Eingeleitet wurde die Trauerfeier durch ihr Lieblingslied: „Das stille Tal", das ihre Sangesschwestern eindrucksvoll wiedergaben. Die Gedächtnisrede am Grabe sprach, ihrem eigenen Wunsche entsprechend, der Genosse Fritz Kroh aus Halle, der in kurzen Zügen das Leben der Kämpferin noch einmal aufzeigte und am Schluß den Dank im Namen ihrer Genossen für ihr Wirken aussprach. Unter weiteren Gesängen des Frauen-, Mädchen- und Männer-Chors erfolgten die Kranzniederlegungen der Organisationen, der die Verstorbene angehört hat. Wer der erhebenden Trauerfeier beigewohnt, wird empfunden haben, daß die Ammendorfer KPD. eine ihrer Besten zu Grabe getragen hat. Ihr ehrendes Andenken können wir am wirksamsten bezeugen, wenn wir im Geiste der Wilhelmine List weiter tätig sind.

Ammendorf. Konsumverein. Am Sonntag fand unsere diesjährige Halbjahrs-Generalversammlung statt. Es ist erfreulich zu berichten, daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Geschäftsführer gab einen kurzen Bericht über das verflossene Halbjahr. Die Diskussion bewegte sich im zustimmenden Sinne. Die Steuerbilanz sowie Eröffnungsbilanz wurden einstimmig angenommen. Es wurden folgende Beschlüsse einstimmig gefaßt: 1. Neueintretende Mitglieder zahlen eine Rentenmark Eintrittsgeld, mindestens fünf Rentenmark Anteil. 2. Der Anteil der alten Mitglieder beträgt 30 Rentenmark. Der bis 31. Dezember 1917 eingezahlte Anteil in Goldmark wird mit 50 Prozent innerhalb fünf Jahren aufgewertet. Jährlich werden zwei Mark gutgeschrieben. Als Bedingung wird ein Umsatz von mindestens 250 Mark gefordert. Bei Witwen, Invaliden usw. sind Ausnahmen zulässig. 3. Spargelder werden in demselben Zeitabschnitt nach den gesetzlichen Bestimmungen mit 15 Prozent aufgewertet. Neue Spargelder werden wieder angenommen. Der Zinsfuß beträgt 6, 8 und 10 Prozent. 4. Die Sterbeunterstützung beträgt je nach Höhe des Umsatzes und Dauer der Mitgliedschaft 15 bis 35 Mark. Es wurde dann noch Bericht erstattet über den am 24. Februar in Halle stattgefundenen Ernährungskongreß. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 16. März stattgefundene Generalversammlung des Konsumvereins für Ammendorf und Umgegend stellt sich hinter die von der Opposition am 24. Februar 1924 auf dem in Halle einberufenen Ernährungskongreß gefaßten Beschlüsse. Wir setzen in alle Genossenschaftsmitglieder das Vertrauen und hoffen von jedem einzelnen, daß er sich bewußt ist, sein eigenes Unternehmen so zu unterstützen, wie es die Pflicht eines denkenden Arbeiters ist."

Dölau. Zur Jugendweihe. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß am kommenden Sonntag die Aufnahmeliste für die Teilnahme von Kindern an der Jugendweihe (Moralunterricht) geschlossen wird. Später Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Bis zum Sonntag, dem 23. März, müssen daher alle Kinder bei dem Genossen Walter Schaaf, Dölau, Ostrauer Straße 3, angemeldet sein. Die Jugendweihe findet in diesem Jahre am 13. April in „Dölau" statt.

Dölau. Die VSPD. auf Wahlagitation. Am Sonntag hielt die VSPD. in Dölau eine Wahlversammlung ab. Gewerkschaftssekretär Deininger aus Halle sprach über Deutschlands Schicksalsstunde. Diese historische Stunde soll natürlich der Tag der Reichstagswahlen sein. Seine Ausführungen fanden nur bei den drei Erschienenen, die der VSPD. angehören, Beifall. Unsere Genossen, die sehr stark vertreten waren, zeigten an Hand von Beispielen, wie verhängnisvoll die Politik der VSPD. für die Arbeiterschaft gewesen ist. All die letzten Versammlungen, die hier stattfanden, bewiesen, daß der revolutionäre Geist in Dölau im Wachsen ist und daß die Arbeiterschaft gewillt ist, einen geraden Weg zu gehen. All den Indifferenten rufen wir zu: Schließt Euch uns an, treten über zu der Partei, die ganz allein die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt, die alle Kämpfe der Arbeiter unterstützt.

Dölau-Nietleben-Lieskau-Bennstedt. Donnerstag, den 20. März, abends ½8 Uhr, findet in Nietleben eine Distriktsversammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder der obengenannten Ortsgruppen ist Pflicht. Alle Abrechnungen der Ortsgruppen sind mitzubringen. Vertreter der B.-L. ist anwesend.

Lettin. Märzfeier. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen von Lettin und Umgebung treffen sich am Sonntag, dem 23 März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof in Lettin am Grabe der Märzkämpfer. Abends 7 Uhr findet im Lokal „Kamp" eine weitere Veranstaltung von der Ortsgruppe Lettin der KPD. statt unter Mitwirkung aller Abteilungen des Arbeiter-Bildungs-Vereins. Theater: Ein revolutionäres Drama „Die rote Fahne" wird die Feier beschließen.

Teicha. Arbeiterfeinde. Auch die kleinen Geschäftsleute laufen jetzt zum Stahlhelm, weil sie glauben, daß sie damit bessere Geschäfte machen können. Früher hielten sie es mit den Arbeitern, jetzt, wo die Arbeiter nichts mehr haben und bis zum Weißbluten ausgebeutet werden, gehen sie zu den Feinden der Arbeiter und weigern sich, den Arbeitern und den Arbeiterinnen sogar ihre Räume zu Zusammenkünften zur Verfügung zu stellen. Unter diesen Geschäftsleuten, die nur dadurch etwas geworden sind, daß die Arbeiter ihre Groschen zu ihnen getragen haben, befindet sich auch der Gastwirt Gottschalg, der jetzt Mitglied des Stahlhelms geworden ist und es ablehnt, den Arbeitern noch entgegenzukommen. Die Arbeiter werden das nicht vergessen und ihm auch für die Zukunft die richtige Antwort geben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240319-16/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Regierungspräsident Bergemann Kandidat als Landeshauptmann?

Einer Pressemeldung aus Magdeburg zufolge beabsichtigen die Sozialdemokraten, den Regierungspräsidenten Bergemann als Kandidaten zum Landeshauptmann aufzustellen. Wenn Bergemann damit einverstanden ist, so wird er auch wissen warum. Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß die Position der VSPD. im Reiche wie im Staate sehr wacklig geworden ist. Wenn es so weiter geht, und dazu sind die besten Aussichten vorhanden, dann sind auch all die Oberpräsidenten- und Regierungspräsidenten-Thrönchen in Gefahr. Deshalb gilt es, für die Inhaber dieser Stellen, sich beizeiten nach anderen Pöstchen umzusehen. Der Landeshauptmann steht nicht so inmitten der politischen Arena und ist also auch nicht so den Angriffen der politischen Gegner ausgesetzt als ein Regierungspräsident; er ist auch unabhängiger von allenfallsigen Wechseln in der Leitung oder Zusammensetzung der Regierung, da er vom Provinziallandtag gewählt wird. Deshalb ist der Posten eines Landeshauptmanns begehrlicher als der eines Regierungspräsidenten, zumal er im Gehalt nicht schlechter steht. Aus diesen Gründen also wohl die Kandidatur Bergemann. Als zweiter Kandidat tritt der derzeitige stellvertretende Landeshauptmann Geheimrat Dr. Hübener auf. Nach Lage der Sache (Zusammensetzung des Provinziallandtags) hat Hübener mehr Aussicht auf Wahl als Bergemann.

Elektrische Bahn Ammendorf-Schkeuditz

Nach einer Meldung des Merseburger „Correspondent“ hat die Merseburger Ueberlandbahnen-Aktien-Gesellschaft in Ammendorf das Bahnprojekt Ammendorf-Schkeuditz wieder aufgenommen. Die Linienführung der Bahn ist so gedacht, daß sie im Anschluß an die bestehende elektrische Bahn Halle-Merseburg beginnt und bis Schkeuditz die Ortschaften Radewell (mit Burg), Osendorf, Döllnitz, Lochau (mit Burgliebenau), Weßnitz, Pritschöna, Raßnitz, Weßmar, Röglitz, Oberthau, Ermlitz, Rübsen und Wehlitz berührt. Die Länge der Strecke beträgt 18,5 Kilometer. Die Rentabilität der Bahnlinie erscheint gesichert, zumal sich zwischen den einzelnen an der Bahn liegenden Ortschaften, die jetzt von jeder Verbindung abgeschnitten sind, und weiter auch nach Merseburg und Halle ein reger Verkehr entwickeln wird. Für die Finanzierung sind von behördlicher und privater Seite bereits Mitel in Aussicht gestellt.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Der Theaterverein schreibt uns: Am 23. und 24. März soll das Märchenspiel „Hänsel und Gretel“, Musik von Humperdink, geboten werden. Die Hauptrollen liegen in den Händen von Luise Fladnitzer (Kammersängerin-Leipzig), Maria Londika (Opernsängerin-Stuttgart), Ida Warnath (Opernsängerin-Braunschweig), Max Günther (ehem. Hofschauspieler-Leipzig), Margarete Burg (Tänzerin-Leipzig). Die Musik haben die Mitglieder des Gewandhausorchesters: Conrad (Klavier), Freund (Violine), Bernstein (Viola) und Bertschmann (Cello) übernommen. Um weitesten Kreisen den Besuch zu ermöglichen, soll am Sonntagnachmittag 2 Uhr die erste Aufführung zu ermäßigten Sätzen — Erwachsene 1 Mark und Kinder 50 Pfennig — geboten werden. Die 2. Aufführung beginnt dann um 4½ Uhr (Erwachsene 1,25 Mark und Kinder 75 Pfennig). Die 3. Aufführung findet am Montagabend 7½ Uhr statt (Karten 1,50 Mark). Nichtmitglieder zahlen 50 Pfennig mehr. Der Kartenverkauf findet in der Stollbergschen Buchhandlung statt.

Merseburg. Parteiversammlung. Freitag, den 21. März, abends ½8 Uhr, wird in der „Funkenburg“ der Bericht vom Bezirksparteitag gegeben. Es ist notwendig, daß jede Genossin und jeder Genosse anwesend ist.

Mücheln. Donnerstag, den 20. März, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus Gehüfte eine öffentliche Jugendversammlung statt. Junge und erwachsene Arbeiter! Sorgt für einen zahlreichen Besuch.

Mücheln. Die Hetze gegen die Erwerbslosenräte. Um ihre Unabkömmlichkeit beim Beamtenabbau zu dokumentieren, tun gewisse Leute alles, um höheren Ortes ihre Tüchtigkeit zu beweisen. In der hiesigen „Geiseltante“ erschien kürzlich eine Notiz, in der es hieß, das Wohlfahrtsamt Querfurt hätte Wind bekommen, daß es im Kreise Erwerbslose gäbe, die sich Erwerbslosenräte nennen und von ihren Klassengenossen Beiträge erheben. Das Wohlfahrtsamt weise deshalb darauf hin, daß es im Kreise keine Erwerbslosenräte gäbe, daß diese ungesetzlich seien und auch nicht berechtigt wären, Beiträge von den Unterstützungsempfängern zu erheben. Auf Grund dieser Notiz — so kann man wohl anannehmen, erschien am 14. März bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung in Möckerling ein Kriminalbeamter, um festzustellen, wer dieser Erwerbslosenrat ist und Beiträge kassiert. Die Polizeinase konnte diesmal aber nichts erschnüffeln. Dem Wohlfahrtsamt scheint es auf einmal unbekannt zu sein, daß die Erwerbslosen zur Vertretung ihrer Interessen aus ihren Reihen Erwerbslosenräte gewählt haben. Man scheint es nur dann zu wissen, daß Erwerbslosenräte bestehen, wenn man sich eine Arbeit ersparen will. So z. B. fand man vor etwa vier Wochen den Weg zum Erwerbslosenrat, als es galt, eine Lebensmittelverteilung unter den Erwerbslosen vorzunehmen. Man wollte eine Liste der Erwerbslosen haben, da die Verteilung in unbestimmten Zeiträumen fortgesetzt werden sollte. Man scheint allerdings den Ochsen, den man schlachten wollte, noch nicht totgekriegt zu haben. Hier scheint etwas nicht zu stimmen. Für die Erwerbslosen müssen diese Dinge Anlaß sein, sich immer fester um ihre Erwerbslosenräte zu scharen und zur Deckung der Unkosten auch durch das kleinste Schärflein beizutragen; einen freiwilligen Beitrag kann kein Wohlfahrtsamt und kein Kriminalbeamter hindern.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

An alle Ortsgruppen des Kreises Zeitz!

Sonntag, den 23. März, vormittags 9 Uhr, findet in Zeitz (Schuhmacher-Herberge) eine **Kreisfunktionär-Konferenz der KPD.** statt.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Bezirksparteitag.
2. Die kommenden Gemeinde- und Reichstagswahlen.
3. Organisatorisches und Verschiedenes.

Außer den Ortsgruppenvorsitzenden und den Funktionären haben auch die Leiter der Jugend- und Frauengruppen zu erscheinen. Ein pünktliches Erscheinen erfordert die reichhaltige Tagesordnung. Diese Veröffentlichung gilt als Einladung. An die Arbeit, Genossen!

Die Kreisleitung.

Weißenfels. Aus der Partei. Freitag, den 21. März, abends 7½ Uhr, im „Volkshaus“ Mitgliederversammlung, in der Bericht vom Bezirksparteitag gegeben wird. Es wird jedem Genossen zur Pflicht gemacht, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Weißenfels. Der Schupo und der Sowjetstern. Von der kommunistischen Kindergruppe wird uns geschrieben: Am 15. März gingen wir zur Reigenübung der kommunistischen Kindergruppe auf den Klemmberg. Der Genosse F. M. hatte einen Sowjetstern anstecken. Am Bismarckturm stand ein „Ordnungshüter“. Wir Kinder standen einige Meter von diesem entfernt und wunderten uns sehr, daß der Schupomann so nach uns schielte. Mit scharfem Schritt und ernster Miene kam er auf einmal auf uns zu und sprach zu dem Genossen F. M.: „Steck das Ding ab!“ Gemeint war der Sowjetstern. Unser Genosse steckte den Stern ab und der Schupo „beschlagnahmte“ ihn. Als ein anderer Genosse Einspruch erhob und den Schupo aufmerksam machte, daß das Verbot der KPD. aufgehoben und darum das Tragen sämtlicher Abzeichen wieder gestattet sei, meinte der Schupo: „Mit dummen Jungen unterhalte ich mich nicht über Politik!“ Inzwischen war ein Jugendgenosse hinzugekommen und stellte den Schupo zur Rede. Er ließ sich mit ihm in eine lebhafte Diskussion ein, um dann stillschweigend seines Weges zu ziehen. Aber hier konnten wir (wenn auch als „dumme Jungens“) doch feststellen, daß die Schupo nur dazu da ist, um gegen die Arbeiter vorzugehen. Es dauerte nicht lange, da kam ein Junge zu unserem Genossen F. M., er sollte doch sofort zum Schupomann kommen. Unterwegs frug dieser unseren Genossen, wann am 16. März die Märzfeier beginnt. Unser Genosse hat ihn die richtige Antwort gegeben. Der Schupo nahm unseren Genossen mit zur Wachtstube und meldete seine „Heldentat“ seinem Vorgesetzten. Nach einer kurzen Zeit kam er wieder und nahm unseren Genossen mit auf den Schloßhof und gab ihm das Abzeichen wieder mit den Worten: „Steck es nicht wieder an und laß Dich damit nicht wieder erwischen!“ Dann „entließ“ er unseren Genossen. Die große Aktion war zu Ende. Aber uns alle aus der kommunistischen Kindergruppe hat dieser Fall erneut die Augen geöffnet. Wir werden fest zusammenstehen unter dem roten Sowjetbanner und werden mutige Kämpfer werden für die neue Gesellschaftsordnung, für den Kommunismus.

Kretzschau. Parteiversammlung. Am Sonntag, dem 23. März, abends 7½ Uhr, findet bei Börner unsere erste Mitgliederversammlung statt. Alle Genossinnen und Genossen, die vor dem Verbot Mitglieder waren, sind hierzu eingeladen. Klassengenossen, die gewillt sind, der Partei beizutreten, können erscheinen.

Zeitz. Das Ringen der Zeitzer Arbeiterschaft um den Achtstundentag. In den meisten Zeitzer Betrieben, hauptsächlich in der Kinderwagen- und in der Klavier- und Möbelindustrie, herrscht gegenwärtig Hochkonjunktur. Wenn man nun daraus den Schluß ziehen wollte, daß dadurch die Zahl der Erwerbslosen stark im Abnehmen begriffen sei, so ist man arg getäuscht. Statt 3000 Erwerbslose (davon etwa 1600 in der Stadt allein) sind es, die noch den Hunger durchkosten müssen. Hunderte von ihnen sind bereits „ausgesteuert“, andere werden es in den nächsten Tagen oder Wochen. Wenn schon während der Zeit der Unterstützung der Hunger ständiger Gast bei diesen unglücklichen Opfern einer grundverkehrten Wirtschaftspolitik war, so sind dieselben jetzt vollends dem Untergang geweiht. In der Kinderwagenindustrie sind Riesenaufträge vorhanden. Mit etwas gutem Willen können hier und dort noch einige Kräfte eingestellt werden. Statt dessen mußte 30 Tage lang neun Stunden gearbeitet werden, und zwar auf Grund stattgefundener Verhandlungen der Unternehmervertreter mit den Gewerkschaftsführern und eines gefällten Schiedsspruches. Diese vorkriegszeitliche Arbeitszeit scheint nun unsern Zeitzer Unternehmern gefallen zu haben, denn nach Ablauf dieser Frist sollte noch einmal 30 Tage so gearbeitet werden. Eine in den Betrieben vorgenommene Abstimmung fiel überall mit überwiegender Mehrheit für die achtstündige Arbeitszeit aus. Darüber allgemeine Entrüstung bei den Unternehmern. Und nun besann man sich auf den famosen § 6 des Arbeitszeitgesetzes. Wenn nun die ersten 30 Tage als „auf Grund freier Vereinbarung geleistete Ueberarbeit“ angesehen wurden, so kam jetzt, nachdem sich die Arbeiterschaft mit erdrückender Mehrheit gegen jede weitere Ueberarbeit ausgesprochen hatte, ein richtiggehendes Diktat des Gewerberats auf weitere dreißig Tage (bis 17. April) zur Anwendung. Was haben nun, so werden unsere Leser fragen, die Gewerkschaften gegen diese Beseitigung des Achtstundentages getan? Hat man von deren Leitung nicht dagegen Sturm gelaufen? O, gewiß! Im „Boten vom linken Elsterufer“ aus der Donaliesstraße wurde immer, immer wieder laut und eindringlich ermahnt: „Haltet fest am Achtstundentag.“ Das war doch genug! Wenigstens haben die Arbeiter, wie die vorgenommenen Abstimmungen ergeben haben, danach gehandelt. Daß aber die Führer die Arbeiter der verschiedensten Betriebe einmal zu einer gemeinsamen Versammlung zusammengenommen hätten, davon war nichts zu bemerken. Noch weniger davon, daß man in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung etwa die Kollegen mit der Materie des Arbeitszeitgesetzes vertraut gemacht hätte. Ist es da ein Wunder, daß es sogar Betriebsräte gab, die die einschlägigen Paragraphen nicht kannten? Doch was sollen die Arbeiter ihr Gehirn noch mit Gesetzesfragen anstrengen, dazu sind doch „wir“ als „Führer“ da. Sie haben Beiträge zu leisten, uns Vertrauen zu schenken, und im übrigen den Mund zu halten. Wir müssen uns den gegebenen Verhältnissen anpassen. Das ist die Logik und Taktik dieser Herren Führer von heute. „Mei Ruh' will i hab'n“, sagen sie sich mit dem alten Münchener im früheren „Süddeutschen Postillion“. Und wer sie darin stört, indem er die Kollegen aufrüttelt, den schließt man aus dem Verbande aus. Anders allerdings verfährt man mit denen, die sich (nach Angaben eines Paul Müller), um wieder in Arbeit zu kommen, noch unter den jetzt bestehenden Löhnen angeboten haben. Freilich sind sie nach dem Ausspruch des „Paulus“ für den Ausschluß reif. Aber, was soll man machen? So fragt er weiter. Vielleicht kann irgendein Kollege unserm Freund die Frage richtig beantworten.

Zeitz. Parteinachricht. Freitag, den 21. März, abends 7 Uhr, im Restaurant „Herberge“ (Scharrenstraße) Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen erscheinen. — Am gleichen Tage und zur selben Stunde im gleichen Lokal Frauenversammlung. Gäste können eingeführt werden.

Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Stadtverordnetensitzung. Am Montagabend hatten sich unsere Stadtväter zur Abwicklung einer sehr reichhaltigen Tagesordnung zusammengefunden. Es schien, als ob alles auf Abschied eingestellt war; zumindest deutete die große Anzahl der Zuhörer, ein Schreiben der Lehrer und die Kampfstellung, die einige Stadtverordnete, der Oberbürgermeister sowie der Berichterstatter des „Tageblatt“ eingenommen hatten, darauf hin. Die Erwartungen wurden getäuscht, es war noch nicht die letzte Sitzung. Die Lehrerschaft fühlte sich durch einzelne Ausführungen von Stadtverordneten in der letzten Sitzung verletzt, ein Zeichen, daß die „Eisleber Tante“ ihren Zweck mit der Berichterstattung erreicht hatte, wie sie ihn auch mit der heutigen erreichen wird, denn es ist nichts zu dumm, es findet doch sein Publikum. Stv. Glaubrecht teilte gut sitzende Schläge aus. Oberbürgermeister Claus erörtert zum wiederholten Male den Streit mit dem Leiter der Oberrealschule Dr. Ebert. Die Landwirtschaftliche Schule soll von Gerbstedt nach hier verlegt werden. Die Erwerbslosen hatten erneut eine Eingabe um Mittel für Reparierung der Schuhe ihrer Frauen und Kinder, Miete usw. eingebracht. Stadtrat Winkler verspricht „weitestes Entgegenkommen“. Für unbemittelte Konfirmanden wird ein Betrag von 4000 Mark bewilligt, für Volksschulbücherei je 200 Mark, zur Kleinrentnerfürsorge 2500 Mark. Das geplante Altersheim mit 55 Räumen soll für 130 000 Mark gebaut werden. Der Ueberlassung von Siedlungsland an acht Baulustige zur Errichtung von 16 Wohnungen wird zugestimmt. Dem Magistrat wird die Ausarbeitung eines Planes zur Kommunalisierung des Beerdigungswesens und zur Verbindung der Kasseler und Kl. Ramthorstraße anempfohlen. Ein Vorschlag Glaubrechts, die Anzahl der unbesoldeten Stadträte von drei auf vier zu erhöhen, wird von dem Stv. Strauß bekämpft und von Claus ungewollt warm befürwortet. Im Ganzen eine lange Sitzung ohne wertvollen Inhalt.

Eisleben. Die Jugendweihekommission und die Elternbeiräte (Opposition) haben Mittwoch, den 19. März, abends 7 Uhr, im „Volkshaus“ zu einer sehr wichtigen Besprechung pünktlich zu erscheinen. Die Kommissionsmitglieder von Volkstedt und Bischofrode müssen ebenfalls anwesend sein.

Oberröblingen. Mandatsschacher. Am 13. März tagte zum wiederholten Male ein Teil der Geschäftsleute von hier im „Kasino Unterröblingen“ der Hugo-Stinnes-Werke, um, geleitet von reinem Egoismus, für die bevorstehende Gemeindewahl einen Bürgerblock zustande zu bringen. Wie vorauszusehen war, mußten die Verhandlungen scheitern; sie zeitigten keinen Erfolg, da hinter dem Rücken der rührigen Egoisten bereits ein Kuhhandel zwischen dem jetzigen Gemeindevorsteher Wahlmann und dem Vertreter der Stinnes-Werke abgeschlossen worden war. Dieser bestand darin, daß der Volksparteiler Wahlmann sich als Kandidat auf die deutschnationale Liste setzen ließ, weil er von der Volkspartei aus keine Aussichten auf ein Mandat hatte. Diese fertige Tatsache wurde von den Volksparteilern nicht akzeptiert. Herr Wahlmann sah seine Felle fortschwimmen; er sah sich seiner Futterkrippe beraubt und erklärte entrüstet, daß er nun sein Heil bei dem Kommunismus suchen würde. Die Kommunisten von Oberröblingen freuen sich, daß die Deutsche Volkspartei des Ortes eine Schule für den Kommunismus ist. Es ergibt sich hieraus wieder einmal einwandfrei, daß bei den linksgerichteten Parteien das Wohl der Allgemeinheit im Vordergrunde steht, dagegen rechts nur Interessenpolitik getrieben wird. Wähler, seid auf der Hut! Es geht um Euer Fell! Der Geschäftswelt rufen wir zu: Glück auf! Der Bergmann kommt!

Sangerhausen. Kartellsitzung. Der Kartellvorstand teilt mit: Freitag, den 21. März, abends 7.10 Uhr, im „Herrenkrug“ erweiterte Kartellsitzung. Tagesordnung: Referat über Arbeitszeit-Gesetz. Referent: Kollege Grabow. Alle Vorstände der angeschlossenen Gewerkschaften, Gewerkschaftsfunktionäre sowie Betriebsräte sind verpflichtet, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Bitterfeld-Delitzsch

An alle Ortsgruppen des Kreises Bitterfeld!

Am Sonntag, dem 23. März, vormittags 9 Uhr, findet im „Bürgergarten“ zu Bitterfeld die erste ordentliche Kreiskonferenz nach der Aufhebung des Verbotes der Partei statt. Alle Ortsgruppen, die vor dem Verbot bestanden, werden ersucht, Delegierte zu schicken. In Anbetracht der kommenden Wahlen darf keine einzige Ortsgruppe fehlen. Der reichhaltigen Tagesordnung halber ist pünktliches Erscheinen Pflicht. Zur Wahl der Delegierten kommt das Euch bekannte Prinzip in Frage. Die Delegierten müssen mit Mandaten ausgerüstet sein. Funktionäre aus allen Ortsgruppen haben das Recht, mit beratender Stimme daran teilzunehmen.

Diese Veröffentlichung gilt als offizielle Einladung.

Die Kreisleitung.

Brehna. Ein Erfolg für die KPD. war die am Sonnabend einberufene gutbesuchte Volksversammlung in der an Stelle des verhinderten Referenten Genosse Donner referierte über die politische Lage und die kommenden Wahlen. Die Ausführungen des Referenten wurden beifällig aufgenommen. In der Diskussion sprachen Vertreter der Deutschvölkischen Freiheitspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der VSPD. Diese griffen sich aber mehr gegenseitig an, als auf das Referat einzugehen. Im Schlußwort rechnete Genosse Donner mit den Diskussionsrednern ab und appellierte auch an die anwesenden Arbeitermitglieder des Stahlhelms, sich auf ihre proletarischen Pflichten zu besinnen. Der Appell übte eine sichtliche Wirkung aus. Zum Schluß wurde die Arbeiterschaft aufgefordert, bei den Wahlen nur den kommunistischen Kandidaten die Stimme zu geben, da nur diese Gewähr geben, daß die Interessen der Arbeiter energisch vertreten werden.

Bitterfeld. Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung. Donnerstag, den 20. März, im Lokal „Bürgergarten“ öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Thema: „Berufsorganisationen oder Industrieverbände?“ Referent: Kollege Grabow (Halle). In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung müssen alle in der Chemie und im Bergbau beschäftigten Arbeiter erscheinen. Auch die Gewerkschaftsangestellten werden gebeten, zu kommen. Kollegen und Kolleginnen, erscheint in Massen!

Wolfen. Eine Parteiversammlung findet am Donnerstag, dem 20. März, abends 8 Uhr, statt. Da wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, wird das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Delitzsch. Eine „Ruhmestat“ der Polizei. Man sollte meinen, Polizeikräfte seien zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ da, und nicht dazu, sich bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten mit „Ruhm“ zu bedecken. Während der Märzgefallenenfeier des Delitzscher Proletariats am Sonntag dem 16. März, glaubte sie, eine erneute Ruhmestat leisten zu müssen. Nach ruhig verlaufenem Trauerzug, der wohl beinahe 1000 Teilnehmer zählte, und ebenso ruhig und ernst verlaufener Feier auf dem Friedhof verließ die Arbeiterschaft den Friedhof mit den allerfriedlichsten Absichten. Zum Erstaunen sämtlicher Teilnehmer gewahrte man vor dem Friedhof postierte Polizei, die in ihrer barschen Weise, die aus dem Eingang Drängenden zum Auseinandergehen aufforderte. Hunderte von Menschen, die aus einem wahrhaft engen Eingang drängen, sollen auseinandergehen! Man hätte doch unseren Ordnungshütern mehr Verstandesschärfe zugetraut. Nun, es mußte eben eine „Demonstration“, an die niemand dachte, gewaltsam zustande gebracht werden. Dies war die Absicht der Polizei. Doch die Arbeiterschaft war schlauer. Wohl löste diese unverschämte Provokation bei jedem die hellste Empörung aus; man empfand aber auch recht, daß die Polizei die lächerlichste Rolle spielte, die sie je bis jetzt gespielt hat. Man möchte nur wissen, wer die eigentlichen Drahtzieher der polizeilichen Aktionen zur Herstellung der „Ruhe und Sicherheit“ in Delitzsch sind. Die Beamten gingen sicher nicht aus eigener Initiative hin. Dies sah man aus ihrem Gesichtsausdruck. Oder war Polizeikommissar Stephani der spiritus rector? Denn in eigener Person stellte er sich den Nachhausegehenden am Güterbahnhof entgegen. Die Delitzscher Polizei müßte doch endlich einmal etwas lernen; nicht die Arbeiterschaft greift sie an, sondern sie selbst als Werkzeug irgendeines Reaktionärs. Hören diese Fälle nicht bald auf, so wird sich auch die Arbeiterschaft dagegen zu wehren wissen. Einmal reißt die Geduld. Man wirft uns Arbeitern Pietätlosigkeit vor, aber seit wann ist es Mode, Teilnehmer an einer Trauerfeier beim Nachhausegehen zu belästigen? Die Erregung über die Provokationen der Polizei nimmt in Delitzsch zu. Noch nicht sind die Vorfälle vom 13. Februar und die schamlose Verhaftung Baumgärtels vergessen. Kommt es zu Ausschreitungen, so trägt die Polizei die Verantwortung. Wo war die Polizei am Wasserwerk, wo sich Könnecke, Klein, Hänel und Münzel mit ihrer Korona feldmarschmäßig trafen? Es fehlte nur Stahlhelm und Knarre. O ja, die Polizei war da, aber nur auf dem Nordplatz. Dort sah sie zu, wie sich die Frontsoldaten sammelten. Hier war Gelegenheit zum Einschreiten. Es handelte sich um den Aufmarsch einer militärischen Formation. Statt dessen schrieb man Autonummern auf, die schneller als 15 Kilometer pro Stunde fuhren. Auch wir sind der Meinung, daß die Autoraserei unterbunden wird. Doch in solchen Fällen gibt es im Interesse der Ruhe und Ordnung wichtigere Dinge zu tun. Die Delitzscher Polizei überlege künftig etwas mehr, sonst geht es in Delitzsch schief mit ihr. Friedliche Proletarier lasse man ihres Weges ziehen. Gegen alle lärmenden Elemente gehe man vor, vor allem Sonntags abends in der Bismarckstraße gegen die „Hakenkreuz am Stahlhelm“-Gröler und die militärisch formiert marschierenden Könnecke, Hänel, Klein, Menzel mit ihren Trabanten.

Delitzsch. Sprechchorprobe. Donnerstag, den 20. März, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“ Sprechchorprobe zur Jugendweihe. Die Teilnehmer werden gebeten, pünktlich und vollzählich mit gelernten Rollen zu erscheinen.

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Eine schlecht besuchte Versammlung der Syndikalisten fand am Sonntagvormittag hier statt. Trotzdem die größte syndikalistische „Kanone“, nämlich Rudolf Rocker, aufgefahren worden war, hatten sich nur knapp hundert Personen eingefunden. Natürlich ritt Rocker sein mindestens zwanzig Jahre altes Steckenpferd (in diesem Alter wird ein Pferd bald lahm und gebrechlich), und zwar, daß die Arbeiter die Parteien über Bord werfen und nur noch „wirtschaftlich kämpfen“ sollten. Der Kapitalist ist nicht so dumm wie Rocker und sagt: „Ich pfeife auf die politische Gewaltanwendung und kämpfe nur noch wirtschaftlich, denn wenn ich die Wirtschaft habe, habe ich alles.“ Nein, gerade wenn man die Wirtschaft in die Hand bekommen und sie dann in der Hand behalten will, braucht man dazu die politische Gewalt. Wer das noch immer nicht begreift, der muß mit Blindheit geschlagen sein. Aber, das können eben Kleinbürger nicht begreifen. Und Rocker ist ebenso wie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240319-16/fragment/page=0006
DFG

sein Anhänger **Tominski** ein Kleinbürger. Es ist nicht zufällig, daß Tominski früher ein kleiner Buchdruckereibesitzer war, durch persönliches Pech aber Pleite machte und erst dann notgedrungen wieder in die Reihen des Proletariats kam. So recht heimisch ist er in ihren Reihen eigentlich nie geworden. Deshalb konnte er auch dann wieder einer kleinbürgerlichen Bewegung verfallen, als er in seiner Stellung in der kommunistischen Bewegung, wieder durch rein persönliches Pech, Schiffbruch litt. Wir erwähnen das nicht, um Tominski irgendwie etwas „anzuhängen", sondern aus rein sachlichen Gründen, um der hiesigen Arbeiterschaft zu zeigen, aus welchen inneren Gründen hier ein Mann Zersplitterungsarbeit leistet.

Wittenberg. Häufung der Selbstmorde. Immer mehr scheiden Leute freiwillig aus dem Leben, weil sie unüberwindlichen Schwierigkeiten im Kampfe ums Dasein begegnen. So hat sich jetzt wieder der Schneidergeselle Josef Hauser hier erschossen aus Lebensüberdruß. Solange das kapitalistische System besteht, wird es nicht besser, sondern nur schlechter werden. Deshalb sollten alle proletarischen Kräfte zusammengefaßt werden zur Beseitigung dieses Systems.

Piesteritz. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Am Montag, dem 17. März, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Partei, die zu den taktischen Differenzen in der Partei Stellung nahm. Trotzdem zwei linke Genossen verpflichtet worden waren, als Korreferenten aufzutreten, erschien keiner von ihnen, so daß Genosse **Merker** (Berlin) als Vertreter der Mittelgruppe die Aufgabe übernehmen mußte, nicht nur den Standpunkt der Mittelgruppe, sondern auch die Auffassung der Linken darzulegen und die Differenzpunkte herauszuschälen. Die objektiv und unpersönlich gehaltenen Ausführungen zeigten die großen opportunistischen Gefahren in der Internationale, die wirtschaftliche Grundlage der jetzt überwundenen Krise in Sowjet-Rußland. Um die Rechtsgefahren zu überwinden, hat sich die Mitte mit der Linken in Moskau zusammengeschlossen. Trotzdem sind zwischen beiden Gruppen scharfe Auseinandersetzungen eingetreten. Die linken Genossen behaupten, sie hätten seit Jahren eine geradlinige Politik ohne Schwankungen betrieben. Unbestreitbare schriftliche Dokumente, wie Thesenentwürfe und Artikel, die von Ruth Fischer und Maslow in den letzten Jahren geschrieben wurden, beweisen dagegen, daß auch die linken Genossen im Verlaufe der Entwicklung unter Ueberwindung großer Schwankungen sich ihre Auffassung schmiedeten. Sie über treiben heute, wenn sie die Behauptung aufstellen, daß die Nichtübernahme ihrer Ansicht durch die Parteimehrheit in den letzten Jahren die Krise in der Partei herbeigeführt hat. Die Partei muß eine feste ideologische Grundlage haben, um alle Abirrungen nach rechts wie links abzuwehren. Diese kann nur geschaffen werden durch ein Zusammenarbeiten der Mittelgruppe mit den klarsehenden linken Genossen. Deshalb ist der gehässige Kampf der Linken gegen die Mittelgruppe, die sie als gefährlichsten Feind bezeichnet, zu verwerfen. Nach interessanter Aussprache, an der sich eine Anzahl Mitglieder der theoretisch wie praktisch gut fundierten Ortsgruppe beteiligten, wurde nachstehende von der Versammlung eingebrachte **Entschließung einstimmig angenommen:** „Die am Montag, dem 17. März, im „Schützenhaus" tagende außerordentliche **Mitgliederversammlung der KPD., Ortsgruppe Piesteritz, begrüßt die Beschlüsse des Bezirksparteitages** und stellt sich auf den Boden derselben. Sie fordert die schnellste Liquidierung des Fraktionskampfes innerhalb der Partei, damit diese für die einsetzenden Kämpfe gegen die Bourgeoisie als wirkliche zielbewußte Führerin des Proletariats auftreten kann. Sie verlangt von der Linken, daß sie **Abstand nimmt** von ihrem parteischädigenden Vorgehen gegenüber der Mittelgruppe. Durch die künstliche Steigerung der Gegensätze, die die Aktivität und Schlagkraft der Partei hemmt, wird die Parteieinheit untergraben. Das liquidatorische Vorgehen gegen die Einheitsfronttaktik bedeutet Kampf gegen die Exekutive. Die Versammlung verlangt die Austragung der Gegegensätze auf sachlicher Grundlage. **Wahrung der Parteieinheit und Anerkennung der Beschlüsse der Komintern.**"

Bezirk Hessen-Waldeck

Bezirksparteitag der KPD. Hessen-Waldeck

Am Sonntag, dem 16. März, fand die Fortsetzung und Beendigung unseres am 2. März begonnenen Bezirksparteitages statt. Selbst aus den entferntesten Ortsgruppen waren die Genossen herbeigeeilt und bewiesen dadurch, welch reges Interesse sie trotz viermonatiger Verfolgung der Parteiarbeit entgegenbringen. Insgesamt waren 38 stimmberechtigte Delegierte anwesend. Zum ersten Tagesordnungspunkt: Berichte der B. L. und Organisatorisches sprach der Genosse Borrmann. An seine Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion, in der alle Ortsgruppendelegierten erklärten, daß ihre Gesamtmitgliedschaften bereit wären, nach wie vor ihre ganze Kraft der Partei zur Verfügung zu stellen. Verschiedentlich kam zum Ausdruck, daß in einzelnen Ortsgruppen die Sozialdemokraten an unsere Genossen herantreten, um bei der Gemeindewahl gemeinsame Listen zu bilden. Der Gesamtbezirksparteitag war sich darüber einig, daß ein Zusammengehen mit dieser Partei des fortgesetzten Arbeiterverrates, auch nicht in einem einzigen Falle geduldet werden kann.

Das Hauptinteresse des Tages war den Auseinandersetzungen über die Taktik der Partei zugewandt. Im Referat und Korreferat wurde noch einmal die Meinung der Mittelgruppe und der Linken zum Ausdruck gebracht; eine mehrstündige äußerst sachliche Aussprache schloß sich diesem an. Die Abstimmung ergab für die Resolution der Bezirksleitung 11, für die der Linken 26 Stimmen.

Resolution der Bezirksleitung

Der am 16. März 1924 tagende Bezirksparteitag des Bezirkes Hessen-Waldeck der KPD. stellt sich auf den Boden der Moskauer Beschlüsse in der deutschen Frage. Insbesondere begrüßt er die Beschlüsse über die politischen Fragen als eine entschiedene Linksorientierung der deutschen Partei und als den Beginn des Kampfes zur Ueberwindung aller opportunistischen und liquidatorischen Tendenzen in der KPD. und den anderen Sektionen der KJ.

Der Bezirksparteitag ersucht die Exekutive, für die einzelnen Länder konkrete Richtlinien über die Anwendung der Einheitsfronttaktik auszuarbeiten, sowie eine schärfere Kontrolle der Politik der einzelnen Sektionen durchzuführen.

Der Bezirksparteitag erblickt in der Einheitsfronttaktik lediglich eine Methode zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse unter Entlarvung der Reformisten. Er ist der Auffassung, daß diese Methode entsprechend den verschiedenen Bedingungen in den einzelnen Ländern in der gegenwärtigen Periode noch zur Anwendung gelangen muß, insbesondere in solchen Ländern, wo die revolutionäre Avantgarde eine verschwindende **Minderheit innerhalb der Arbeiterklasse darstellt, wie z. B. in England.**

Infolge des zunehmenden ideologischen und organisatorischen Einflusses der KPD., infolge des heute auch in den großen Massen der Arbeiter offenkundig in Erscheinung tretenden **Verrats der SPD.**, ist die Einheitsfronttaktik in Deutschland nur noch entsprechend den Beschlüssen in Moskau anzuwenden; **d. h. das Wenden an die Spitzen, den Vorstand des ADGB. und den Parteivorstand der SPD. kommt für die KPD. nicht in Frage.**

In der russischen Frage stellt sich der **Bezirksparteitag auf den Boden des Zentralkomitees der KPD.**

Der Bezirksparteitag verpflichtet sich, alle Anstrengungen zu machen, das deutsche Proletariat zu sammeln und durch die erfolgreiche Führung des revolutionären Kampfes in Deutschland eine sichere und wirtschaftliche Grundlage für die proletarische Diktatur in Europa zu schaffen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung erledigt werden. Dieses geschieht am erfolgreichsten durch die energische Führung aller Kämpfer der Arbeiterklasse durch die KPD. und die unter ihrem Einfluß stehenden überparteilichen Organe. Nach wie vor aber ist notwendig, daß die Kommunisten ihre Tätigkeit in den unter reformistischer Führung stehenden Gewerkschaften fortsetzen. Dort, wo die Reformisten zur **Spaltung schreiten, muß durch energischen Kampf versucht werden, die Mehrheit der Arbeiterschaft von den konterrevolutionären Gewerkschaftsleitungen zu trennen und sie unter der Führung der KPD. erneut zu organisieren. Gleichfalls muß die Organisierung** der Unorganisierten und Arbeitslosen die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die beste Gewähr für die Lösung der schwierigen Aufgaben erblickt der Bezirksparteitag in dem engen Zusammenarbeiten zwischen der Linken und der Mittelgruppe, mit dem Ziel, möglichst bald zu einer **Liquidierung des Fraktionskampfes und zur Herausbildung eines einheitlichen, eisernen, disziplinierten Kerns in der KPD. zu kommen.**

Resolution der Linken

Der **Bezirksparteitag Kassel** begrüßt die **Moskauer Verhandlungen als den ersten Schritt zur Liquidierung des reformistischen Flügels in der Kommunistischen Internationale.**

Der Bezirksparteitag stellt sich politisch auf den Standpunkt der Parteiopposition. Er erwartet, daß der Reichsparteitag die Führung der Partei der oppositionellen und der Mittelgruppe unter ideologischer Beeinflussung der linken Opposition übergibt.

Die nachfolgenden Wahlen zum Reichsparteitag, zum Zentralausschuß und für die Bezirksleitung wurde im Sinne der obigen Abstimmung erledigt.

Für die Reichstagswahlen wurden als Vertreter des Bezirkes vorgeschlagen die Genossen Karl Beier (Kassel), der Genosse Karl Schulz (Kassel), der Genosse Belz, Papierfabrik Bettenhausen und der Genosse Adam Hahn Niederzwehren.

Abends gegen 7 Uhr wurde der Bezirksparteitag geschlossen mit dem Gelöbnis, auch weiterhin der Partei die Treue zu bewahren und die Gesamtorganisation einzustellen auf die dem gesamten deutschen Proletariat drohenden schweren Kämpfe der nächsten Zeit.

Kassel. Die Märzfeier unserer Ortsgruppe findet am Freitag, dem 21. März, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des großen Stadtparkes statt. Als Redner des Abends ist der Genosse Reinhold Schönlank gewonnen. Eintritt 50 Pf. Erwerbslose und deren Frauen zahlen die Hälfte. Der gesamte Ueberschuß wird für die Opfer der Revolution verwandt. Die Pflicht der Gesamtarbeiterschaft ist es, in dieser Veranstaltung zu erscheinen.

Oberkaufungen. Der schlafende Bürgermeister von Oberkaufungen. Die hiesige Ortsgruppe der KPD. meldete nach Aufhebung des Verbotes der KPD. beim Bürgermeister, der laut Mitgliedsbuch Mitglied der SPD. ist, eine öffentliche Versammlung an. Dieser war höchst erstaunt und erklärte nach langem Nachdenken unserm Genossen: „Die Versammlung kann nicht genehmigt werden, da die KPD. schon seit Monaten verboten ist und eine amtliche Verfügung betreffs Aufhebung des Verbotes noch nicht vorliegt." Nach kurzer Belehrung durch unsern Genossen wurde endlich diese „Behördliche Spitze" zum Leben erweckt und mußte notgedrungen die Versammlung freigeben.

Aus dem Gerichtssaal

Strafkammer Halle

Die Sisyphusarbeit der Richter

Es ist eine ganz vergebliche Arbeit, welche die bürgerliche Justiz leistet. Sie ist bemüht, die Kugel „Verbrechen" einen steilen Berg hinaufzurollen, der selbst für Menschen ungangbar ist, um so die menschliche Gesellschaft von den „Verbrechen" zu befreien. Diese Kugel rollt natürlich immer wieder zurück und richtet dabei immer mehr Unheil an. Die „Verbrechen" vermehren sich geradezu katastrophal. Die Bourgeoisie ist noch immer von dem Wahne befangen, durch Paragraphen und Zuchthäuser die „Verbrecher", die sie allerdings nur im „Volke" sucht, auszurotten. Dabei vergißt sie, daß der wirkliche Grund für diese Verbrechen die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist. Die eigentlichen Verbrechen bleiben ungesühnt, denn sie werden von der Bourgeoisie, die Zuchthäuser bauen läßt, und damit diese nicht leer bleiben, Gesetze fabriziert, selbst begangen. Aber alle Verbrechen können erst mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung verschwinden. Die Arbeitslosigkeit vieler Proleten zwingt diese, infolge vollständig ungenügender oder gar keiner Unterstützung, den Konflikt mit den „Gesetzen" zu suchen. Der Hunger ist eben ein stärkerer Faktor als die Angst vor dem Zuchthaus. So hatte man am Montag 20 Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht gutwillig verhungern wollten, in die Anklagebank geschleppt. Ihnen waren allerlei „Verbrechen" zur Last gelegt. Sechs Arbeiter (arbeitslos!) und eine Arbeiterin, deren Mann sich im Strafgefängnis befindet, hatten sich wegen schweren Diebstahls in verschiedenen Fällen und die übrigen Angeklagten wegen Hehlerei und Begünstigung zu verantworten. Es handelt sich um 12 Diebstähle, die im November und Dezember 1923 und im Januar 1924 in Ammendorf und Halle ausgeführt wurden. Wie üblich, ging das Gericht bei der Verhandlung sehr „objektiv" vor. Es galt ja nicht (wie es immer Proleten gegenüber der Fall ist!) die Unschuld, sondern die Schuld der Angeklagten zu beweisen. Den Aussagen der Entlastungszeugen legte das Gericht weiter keinen Wert bei, dagegen glaubte es den Belastungszeugen jedes Wort. Man hatte ja nur Proleten vor sich. Sobald einer der Angeklagten einen Blick in den Zuschauerraum warf, wurde er wie ein dummer Junge zur Ordnung gerufen. Sie hatten eben ganz still zu sitzen und nur den „hohen Gerichtshof" anzublicken. Das Gericht berief sich immer auf die früheren Aussagen der Angeklagten, die bei der Polizei „unbeeinflußt" gemacht waren. Obwohl die Angeklagten unter dem Zwange bitterster Not gehandelt hatten, meinte das Gericht: „Man könne wohl einmal stehlen, durch den Hunger gezwungen, aber die Menge der Diebstähle beweise, daß von einer Notlage der Angeklagten gar keine Rede sein könne. Im Gegenteil, die Diebstähle zeugten von einer verbrecherischen Veranlagung der Angeklagten und müßten dementsprechend bestraft werden." Der Staatsanwalt beantragte auch deshalb 24 Jahre Zuchthaus, 6 Jahre Gefängnis und 140 Mk. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte 5 Angeklagte **zu 10 Jahren Zuchthaus,** sechs Angeklagte zu **5 Jahren Gefängnis,** sechs Angeklagte zu 320 **Mark Geldstrafe** und sprach drei Angeklagte frei. Daß einigen Angeklagten, denen das Gericht keine Menschenrechte anerkennen wollte, noch die „bürgerlichen Ehrenrechte" aberkannt wurden, zeigte, daß die Bourgeoisie den Mantel einer ganz blödsinnigen Phraseologie umgehängt hat, um ihre Gebresten zu verdecken.

*

Weil sie Hunger litten und sich nach Freiheit sehnten und deshalb aus dem Gefängnis entflohen, standen drei Arbeiter aus Schkeuditz unter der Anklage der Meuterei und Sachbeschädigung vor der hiesigen Strafkammer. Sie hatten im vorigen Jahre eine längere Freiheitsstrafe (ein Angeklagter 4 Jahre Zuchthaus!) zu verbüßen. Im Schkeuditzer Gefängnis bekamen sie wenig und schlechtes Essen. So litten sie dauernd Hunger. Draußen schien die Sonne und sie mußten hinter Kerkermauern schmachten. Deshalb beschlossen sie, zu entfliehen. In einer Juninacht vorigen Jahres führten sie den gemeinschaftlich gefaßten Beschluß auch aus. Mit einem Brett aus einer Bettstelle bogen sie die Gitterstäbe vor dem Fenster auseinander und gelangten ins Freie. Aber nur wenige Wochen konnten sie sich der goldenen Freiheit erfreuen. Sie wurden wieder eingefangen und von neuem in den Kerker geschleppt. In der Verhandlung bemühte sich das Gericht vergebens, den Rädelsfrüher herauszubekommen, um diesem eine höhere Strafe diktieren zu können. Die Angeklagten gaben an, daß sie alle Hunger gelitten hatten und sich die Freiheit um jeden Preis verschaffen wollten. Sie wurden wegen des Ausbruchs von der Gefängnisverwaltung mit Arrest und mit je 20 Mk. Geldstrafe bestraft. (Man bedenke, im Zuchthaus gibt es auch noch Geldstrafen!!) Trotz der bereits erfolgten Bestrafung der Angeklagten, beantragte der Staatsanwalt je 7 Monate Gefängnis wegen Meuterei und Sachbeschädigung (Auseinanderbiegen der Gitterstäbe!). Das Gericht aber diktierte dem Rädelsführer 9 Monate und den beiden anderen Angeklagten je 7 Monate Gefängnis zu. Aus der Verhandlung hatte sich aber ergeben, daß nicht einer der Angeklagten den Ausbruch angestiftet hatte, sondern, daß der Beschluß gemeinschaftlich gefaßt wurde.

Für Hausangestellte

Darf die Dienstherrschaft Papiere und Sachen einbehalten?

Bekanntlich ist bei Hausangestellten wenn nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist, die Kündigung bei monatlicher Lohnzahlung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig. Die Kündigung kann in der Zeit vom 1. bis 15. des Monats erfolgen. (§ 621 BGB.).

Verläßt nun ein Mädchen ohne Kündigung, mitunter auch mit Kündigung den Dienst, so behält die Herrschaft öfters dem Mädchen Papiere und Sachen inne.

Das ist völlig gesetzwidrig und daher unzulässig. Die Papiere (Invalidenkarte, Steuerkarte, Lebensmittelausweis, Wohnungsschein, Zeugnisse usw.) sind notwendige Ausweispapiere des Hausangestellten und sein alleiniges Eigentum.

Für die Invalidenkarte sagt § 1425 RVO. ausdrücklich, daß niemand die Karte wider Willen des Inhabers zurückbehalten darf, und wer sie dennoch zurückbehält, ist dem Inhaber für den daraus entstandenen Schaden voll haftbar, z. B. für den Lohnausfall, Zeitversäumnis, um die Karte zu erlangen, Fahrgeld zu diesem Zweck usw. (auch nach § 823 BGB.).

Kann der Hausangestellte die Karte nicht selbst erlangen, so besorgt sie ihn die Ortspolizeibehörde (§ 1425 RVO.).

Das gleiche trifft für die Sachen zu. Selbst wenn die Hausangestellte den Dienst ohne Kündigung verläßt, hat die Herrschaft nur das Recht, das Mädchen auf Schadenersatz zu verklagen, wofür die Eltern des Mädchens nur aufzukommen haben, wenn das Mädchen minderjährig ist, und (was wichtig ist) die Eltern dem Mädchen den Befehl erteilten wegzugehen, die Eltern also die Veranlasser sind.

Unter keinen Umständen darf aber die Herrschaft die Sachen innebehalten. Denn einmal hat die Herrschaft kein Pfandrecht, darf sich also nicht das Amt eines Gerichtsvollziehers anmaßen, ohne sich strafbar zu machen.

Dann aber auch darf die Herrschaft von dem Recht der Selbsthilfe nach § 229 BGB. deshalb nicht Gebrauch machen, weil Fluchtverdacht oder der Verdacht, das Mädchen könnte ihre Sachen veräußern, nie vorliegen würde.

Zum andern aber, was schon allein ausschlaggebend ist, unterliegen die Sachen, die eine Hausangestellte in der heutigen Zeit besitzt, nach § 811 ZivPO. der Pfändung überhaupt nicht.

Die Herrschaft ist also in einem solchen Falle für die rechtswidrige Handlung dem Hausangestellten voll schadenersatzpflichtig. (§ 823 BGB.).

Kann die Herrschaft die Rückgabe von Geschenken verlangen?

Ein Geschenk kann zurückverlangt werden erstens: wenn die Herrschaft den Beweis führt, daß sie verarmt ist und daher die Geschenke zur Bestreitung ihres notwendigen Unterhalts haben muß (§ 528 BGB.).

Diesen Beweis wird selten eine Herrschaft führen wollen.

Zweitens kann ein Geschenk zurückgefordert werden, wenn die Beschenkte sich dem Schenker gegenüber durch eine schwere Verfehlung groben Undankes schuldig macht (§ 530 BGB.).

Die Verfehlung muß eine schwere sein (Unterschlagung, Diebstahl, strafgerichtlich festgestellte grobe Beleidigungen).

Eine Ausnahme hiervon würden die Bedingten Geschenke machen. Wenn z. B. der Beweis erbracht wird, daß die Herrschaft einem Mädchen ein Arbeitskleid oder ähnliches zur Benutzung übergibt und dem Mädchen unter Zeugen sagt: „Wenn Sie bis zu dem oder dem Zeitpunkte hier bleiben, ist der Gegenstand Ihr Eigentum!"

Verläßt nun das Mädchen den Dienst vor diesem Zeitpunkte, so würde eine Schenkung noch nicht zustande gekommen sein.

Entläßt die Herrschaft den Hausangestellten ohne Kündigung oder vor Ablauf der Kündigung, so hat die Herrschaft den Lohn und ein ausreichendes Kostgeld und Unterkunftsgeld bis zu dem Tage zu zahlen, zu dem rechtmäßig gekündigt werden konnte, oder bis zu dem die Kündigung lief (§§ 823, 621). -ow.

Arbeiter-Sport

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handballspiele am Sonntag, dem 23. März, nachmittags 3 Uhr, in Halle. Halle 2. — Ammendorf 1. (Schiedsrichter Nietleben); in Wörmlitz, nachmittags 3 Uhr: Wörmlitz 1. gegen Ammendorf 2. (Schiedsrichter Nietleben); in Halle, nachmittags 2 Uhr: Fichte 1. Jgd. gegen Fichte 2. Jgd.; in Passendorf, nachmittags 3 Uhr: Passendorf 1. Jgd. gegen Nietleben 1. Jgd.. Das nichtausgetragene Spiel Halle 1. gegen Ammendorf 1. findet am 11. Mai, nachmittags 3 Uhr, in Ammendorf statt. Das Spiel Ammendorf 1. gegen Ammendorf 2. muß an einem Wochenabend ausgetragen werden. Das Spiel Halle 1. gegen Nietleben 1. wird am Himmelfahrtstage (29. Mai), nachmittags 3 Uhr, in Nietleben ausgetragen. Spielresultate: Halle 1. gegen Halle 2. mit 12 : 0 (10 : 0). Nietleben 1. (10 Mann) gegen Wörmlitz 1. mit 4 : 2 (4 : 0) für Nietleben. Nietleben 1. Jgd. gegen Halle 2. Jgd. mit 1 : 0 für Nietleben, Halle 1. Jgd. gegen Nietleben 2. Jgd. mit 8 : 0 (6 : 0) für Halle.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. 16. Kreis, 3. Bezirk. Am Sonntag, dem 23. März, hält der 3. Bezirk im 16. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Elsterwerda im „Gesellschaftshaus" (Hoppenz) einen Bezirkstag ab. Eine sehr reichhaltige Tagesordnung harrt seiner Erledigung. Erwähnt sei nur, daß organisatorische sowie technische Fragen, Bezirksveranstaltungen, das Arbeiter-Turn- und Sportfest des 16. Kreises und anderes mehr behandelt wird. Hieraus dürften alle in Frage kommenden Vereine des Bezirkes ersehen, daß es notwendig ist, daß alle Vereine zur Stelle sind. Die schon langanhaltende Wirtschaftskrise hat der gesamten deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung schwere Verluste gebracht. Mit frischer Kraft und frischem Mut muß in diesem Jahre jeder Turner und Sportler herangehen, um das Versäumte nachzuholen. Wir erblicken im Turn- und Sportleben die beste körperliche Ausbildung und werden bestrebt sein, alles aufzubieten, was wir für Körperpflege und Volksgesundheit für richtig halten. Daher findet am Abend zuvor, am Sonnabend, dem 22. März, abends 8 Uhr, in Elsterwerda im „Gesellschaftshaus" ein öffentlicher Bezirks-Turn- und Sportwerbeabend statt. Die besten Kräfte des Bezirks werden ihr Können den werten Besuchern bieten. Wir laden deshalb alle Freunde und Gönner der edlen Turn- und Sportsache freundlichst ein. Auch laden wir besonders die werten Einwohner von Elsterwerda und Umgegend zu diesem Unterhaltungsabend freundlichst ein. **Der Bezirksturnwart. Die Bezirksleitung.**

Gründung eines neuen Sportvereins. Am Donnerstagabend 7 Uhr treffen sich alle Sportfreunde in der „Produktiv-Genossenschaft" zur Gründung eines Sportvereins, in dem der Box- und Fußballsport auf volkstümlicher Grundlage zur körperlichen und geistigen Vertüchtigung gepflegt werden soll.

Weißenfels. Union Sonderklasse schlug am vergangenen Sonntag Wacker Jena Sonderklasse 4 : 2 in überlegenem Spiel. Union 1. Jugend gegen Dorndorf 3 : 3. Union 2. Jugend gegen Wacker Jena 2. Jugend 5 : 0 für Jena. Suchen-Wettspiele für Damenhandball. Zuschriften an Richard Lude, Georgenbergstraße 6. Damenhandballmannschaften nächsten Sonntag 10½ Uhr: Trainieren.

Aus der Jugendbewegung

Sennewitz. Kommunistische Jugend. Am Donnerstag, dem 20. März, findet in Papst' Lokal eine öffentliche Jugendversammlung statt. Referent zur Stelle. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsleitung.

Nietleben. Kommunistische Jugend. Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr: Arbeitsabend. ½7 Uhr: Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen pünktlich erscheinen. Donnerstag findet eine öffentliche Jugendversammlung statt. Hierzu sind alle Jugendlichen, Sportler und Arbeiter eingeladen.

Briefkasten

Delitzsch. Brief mit Versammlungshinweis und Notizen erst Mittwoch morgen hier eingelaufen. Deshalb Aufnahme am Dienstag unmöglich.

K., Uebigau. Im Bericht ist vergessen worden, mitzuteilen, wer eigentlich gewählt ist. Bitte sofort nachholen.

Kinderwagen-Reifen (alle Größen) billigst!
Gummi-Bieder, Große Steinstraße 81, Nähe Markt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240319-16/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Kinder

Von **Maxim Gorki**

Erste deutsche Uebersetzung von Joseph Chapiro

Sie ist schwer zu erzählen, diese kleine Geschichte — sie ist so einfach.

Als ich Jüngling war, sammelte ich jeden Sonntag — Frühling und Sommer — Kinder unserer Straße zusammen und führte sie, am frühen Morgen, in Feld, in Wald. Es gefiel mir, in Freundschaft mit kleinen Menschlein so lustig wie die Vögel zu leben.

Die Kinder waren froh, die traubigen, schmalen Gassen der Stadt zu verlassen; die Mütter versahen sie mit Brotstücken, ich kaufte etwas Gutschmeckendes, füllte eine große Flasche mit Kwaß und ging, gleich einem Hirten, hinter den sorglosen Schäflein einher, durch die Stadt, durch das Feld, bis zum grünen Wald, herrlich und zart in seinem Frühlingsschmuck.

Wir zogen fast immer frühmorgens zur Stadt hinaus, während die Glocken zur Frühmesse läuteten — ihr Schall und Staubwolken, von den flinken Füßen der Kinderschar aufgewirbelt, begleiteten uns.

Zur heißen Mittagsstunde, müde vom Spiel, versammelten sich meine Kameraden und nachdem sie ein weniges gegessen hatten, schliefen die Kleineren im Gras, im Schatten der Haselnußsträucher, während die zehnjährigen Kerlchen, eng um mich versammelt, mich baten, etwas zu erzählen — und ich erzählte ihnen, genau so gerne mit ihnen plaudernd, als sie mit mir. Und oft, trotz allem Eigendünkel der Jugend und des ihr eigenen Stolzes über ihre bedeutungslose Lebenskenntnis, fühlte ich mich als zwanzigjähriges Kind unter Weisen.

Ueber uns — das blaue Gewölbe des Frühlingshimmels, vor uns — der prächtige Mischwald in seinem weisen Schweigen; ein Wind läuft vorbei, ein leises Flüstern verweht, ein Zittern geht durch die duftenden Waldschatten und eine wohltätige Stille streichelt die Seele mit dem Streicheln einer Mutter.

Weiße Wolken schwimmen langsam im Blau des Himmels; von der sonnerbrühten Erde aus erscheint der Himmel kalt, und sonderbar ist es zu schauen, wie sich die Wolken in ihm auflösen.

Und rings um mich sind ganz kleine Menschen, gute Menschen, dazu berufen, alle Leiden, alle Freuden des Lebens zu erkennen.

Das waren meine guten Tage, echte Feiertage, und meine Seele, vom Wissen um die schlechten Seiten des Lebens schon ziemlich verstaubt, wusch und erfrischte sich in der lauteren Weisheit der kindlichen Gedanken und Gefühle.

Einmal, als ich mit einer Kindermenge aus der Stadt ins Feld hinauszog, tauchte vor uns ein allen unbekannter Knabe auf — ein Jude — barfüßig, in einem zerrissenen Hemd, schwarzhaarig, schmächtig und das Haar gelockt, wie ein Hammel.

Er war durch irgend etwas erregt und hatte scheinbar vor kurzem geweint, die Lider seiner mattschwarzen Augen waren geschwollen und gerötet und stachen scharf aus dem bis zur Bläue blassen, hungrigen Gesicht hervor.

Auf eine Kinderschar stoßend, stockte er inmitten seines Weges, mit seinen Füßen stemmte er sich in den vom Morgen feuchten Staub, die dunklen Lippen seines schönen Mundes öffneten sich erschrocken halb — in der nächsten Sekunde stand er mit einem leichten Sprung auf dem Trottoir.

Haltet ihn! riefen die Kinder ausgelassen und einstimmig. — Der kleine Jude! Haltet den kleinen Juden!

Ich erwartete, daß er weglaufen würde — sein mageres, großäugiges Gesicht drückte Angst aus, die Lippen zitterten, er stand unter dem Schwall der Verspottungen und reckte sich sonderbar, als ob er wüchse — sich mit den Schultern an den Zaun lehnend, seine Hände hinter dem Rücken versteckend.

Aber plötzlich sagte er sehr ruhig, deutlich und korrekt: „Wollt Ihr, ich werde Euch Kunststücke vormachen?"

Ich verstand diesen Vorschlag als ein Mittel der Selbstverteidigung, während er in den Kindern mit einem Male Interesse wachrief, so daß sie von dem Knaben zurückwichen: nur die ältesten und rohesten schauten mißtrauisch und verdächtigend auf den kleinen Juden: unsere Gasse war in Fehde mit den Kindern anderer Gassen, unsere Kleinen waren fest überzeugt von ihren, wer weiß welchen Vorzügen den Kindern anderer Gassen gegenüber und mochten und konnten nicht die besonderen Vorzüge anderer Kinder einsehen.

Die ganz kleinen verhielten sich einfacher: „Zeig!" riefen sie.

Der schöne, feingliedrige Knabe trat vom Zaun weg, bog sein mageres Körperchen zurück, berührte mit den Händen die Erde und, die Füße hinaufschnellend, stellte er sich, Hopp! schreiend, auf die Hände.

Und fing sich zu drehen an, wie wundgebrannt, leicht und geschickt mit seinem Körper spielend.

Durch die Löcher seines Hemdes und seines Höschens schimmerte die graufarbene Haut seines mageren Körperchens, die Knochen der Schulterblätter, der Knie und Ellenbogen traten spitzeckig hervor. Und seine Schlüsselbeine waren Bügeln ähnlich.

Er strengte sich bis zum Schweiß an, das Hemd auf seinem Rücken wurde naß; irgendeine Uebung machend, schaute er mit einem künstlichen, toten Lächeln in die Gesichter der Kinder, und es war unangenehm, seine matten Augen zu sehen, die sich wie vor Schmerz weiteten; sie zuckten merkwürdig und in ihrem Blick war nicht viel kindliche Aufregung.

Die kleinen Kinder ermutigten ihn durch laute Zurufe, viele atmten ihm schon nach, sich im Staube kugelnd, hinkullend, schrien sie vor Schmerz über ihre ungeschickten Bewegungen, ihre Mißerfolge, Erfolge und vor Neid.

Aber diese heiteren Minuten verschwanden mit einem Male, als der Knabe, mit seinen geschickten Uebungen aufhörend, die Kinder mit dem wohlwollenden Lächeln eines erfahrenen Künstlers anschaute und, die dünne Hand ausstreckend, sagte: Jetzt — gebt mir etwas.

Alle verstummten, jemand fragte: Geld?

Ja, — antwortete der Knabe.

Siehst Du, was Du für einer bist!

Für Geld hätten wir es selbst gekonnt . . .

Diese Bitte rief in dem kleinen Publikum eine feindselige und verachtende Stimmung gegen den Künstler hervor, — die Kinder gingen zum Feld, spotteten und scheltend. Sicher, Geld hatte keiner von ihnen und ich besaß nur lieben Kopeken. Ich legte zwei kleine Münzen auf die staubige Handfläche, der Knabe berührte sie mit dem Finger und sagte, gut lächelnd: Danke.

Er ging fort und ich sah, daß das Hemd auf seinem Rücken ganz mit dunklen Flecken bedeckt war und an den Schulterblättern klebte.

„Warte mal — was ist das?"

Er blieb stehen, drehte sich um, sah mich aufmerksam an und sagte deutlich, mit einem genau so guten Lächeln: „Dies auf dem Rücken? Da sind wir zu Ostern in der Schaubude von dem Trapez gefallen, — Vater liegt noch immer, ich aber bin schon gesund . . ."

Ich hob das Hemd auf — auf der Haut des Rückens, von der linken Schulter abwärts und seitwärts, zog sich eine breite, dunkle Furche; sie war zu einer dicken Kruste eingetrocknet, aber während der Uebungen platzte die Kruste an verschiedenen Stellen und nun sickerte rotes Blut durch die Sprünge.

„Jetzt tut es schon nicht mehr weh", sagte er lächelnd, „es tut nicht mehr weh, es juckt nur . . ."

Und mir mutig in die Augen schauend, wie es einem Helden geziemt, fuhr er in dem Tone eines ernsten, erwachsenen Menschen fort: „Glauben Sie — ich arbeite für mich? Ehrenwort — nein! Der Vater . . . wir haben kein Krümchen! Und der Vater hat sich so verschlagen! Wissen Sie — man ist zu arbeiten gezwungen. Und noch dazu sind wir Juden und alle lachen über uns . . . Auf Wiedersehen."

Er sprach mit einem Lächeln, lustig und trotzig.

Mir mit seinem lockigen Kopf zunickend, ging er rasch an den äugigen Häusern vorbei, die ihn mit gläsernen Augen gleichgültig und tot anschauten.

*

Dies ist so unbedeutend und einfach — nicht wahr?

Aber nicht nur einmal in meinem Leben, in seinen schweren Tagen, erinnerte ich mich mit Dankbarkeit an die Tapferkeit des Knaben.

Und jetzt, in diesen traurigen Tagen der Qual und blutigen Beleidigungen, die auf das greise Haupt des uralten Volkes, des Schöpfers der Religion, fallen, — erinnere ich mich an den Knaben, — in ihm verkörpert sich für mich die wahre Tapferkeit des Menschen — nicht das gefügige Dulden des Sklaven, der in unklaren Hoffnungen lebt, sondern die Tapferkeit eines Starken, der von seinem Sieg überzeugt ist.

Des Spießers Glaubensbekenntnis

Ich glaube an den heiligen Dollar, Schöpfer des Wuchers und der Goldmarkberechnung, und an die Papiermark im deutschen Lande. Die empfangen wird von den Dummen, geboren in Berlin in der Devisenspekulation, gekreuzigt, gestorben und begraben. Nach drei Tagen wieder auferstanden durch das Ermächtigungsgesetz. Aufgefahren in den Himmel, sitzend zur Rechten der Rentenmark des allmächtigen Ersatzes der Goldmark, die da kommen wird, zu richten die Lebendigen (wenn sie noch nicht tot sind). Ich glaube an das Einheitsbrot, an den heiligen Gummiknüppel in Verbindung mit dem Maschinengewehr und an die Auferstehung des Deutschen Reiches.

Es gibt noch Richter in München — und anderswo!

In München, in seiner Feldherrnpracht,
im altertümlichen Saale,
saß Adolf Hitlers arische Macht
und machte große Skandale:
„Wir schlagen die Preußen am Ufer des Main,
Und darauf trinken wir gleich noch eins!"
Es roch gewaltig nach Pulver.
Da scholl das Kommando: Eins, zwei drei!
Man leerte die Becher mit schäumendem Bräu
und knallte mit dem Revolver.

Da gabs die große Verbrüderung
mit Hitlern und Ludendorffen;
da haben die Helden mit großem Schwung
sich an die Brüste geworfen.
Auch Lossow, Poehner, Seisser und Kahr
war die Situation auf einmal klar;
man reichte sich schlicht die Hände.
Nachdem man noch ein paar Juden verkeilt,
da wurden die höchsten Posten verteilt.
Dann war die Geschichte zu Ende.

Als Kahr am nächsten Morgen erwacht,
da war die Sache schon pleite.
Er sagte: „Ich habe nicht mitgemacht.
Ich gehöre zur weißblauen Seite."
Auch Ludendorff sagte: „Ich war nicht dabei.
Ich kam bloß durch Zufall ins Bürgerbräu.
Ich wollte von nischt was wissen."
Man hat mit den Heldenangen gerollt
Und keiner von allen hat was gewollt.
Man hatte einander beschissen.

Der Poehner sagt, der Lossow war's;
und der schiebt es auf den Seisser;
und der sagt, er wär nur ein Freund von Kahrs
und die anderen wär'n die Hosensch...
Und Weber schmeißt sich in die arische Brust;
der Kriebel hat noch von nischt gewußt.
Und alle schiebens auf Hitler.
Der redet von göttlicher Ordnung der Welt,
er selber fühle sich bestellt
als höherer Stellenvermittler.

Die Herren vom bayrischen Staatsgerichtshof
die haben viel Beschwerden.
Vor solchen Geistern kann keener doof
und geistig unnachtet werden.
Den Richtigen finden sie doch nicht raus.
Es geht wie das Hornberger Schießen aus
und kost' eine Menge Spesen.
Die Sache ist wirklich sehr verzwickt.
Das beste, sie werden nach Hause geschickt.
Es ist ja doch keiner gewesen.

Man immer rin in den Ordnungsstaat,
ihr völkischen Edelarier!
Mein Gott, wat heißt hier Hochverrat?
Det jibts bloß beim Proletarier. —
Ja, wenn es hier um Proleten ging,
da ging die Sache eins, zwei flink.
Man höbe die ganze Bucht aus.
Und wer als Kommunist erwischt,
der wird verknackt, es hilft ihm nischt,
so zu fünf bis zehn Jahren Zuchthaus.

Erich Weinert.

Neue 150-Kilometergeschütze der Franzosen. Nach einer Meldung der Wochenschrift „Aux Ecoutes" sollen kürzlich an zwei Punkten der französischen Kanalküste Geschütze aufgestellt worden sein, deren Tragweite 150 Kilometer beträgt. Angesichts der von Macdonald erzielten „Annäherung" zwischen England und Frankreich kann man sagen: Wenn es nicht wahr ist, ist es gut erfunden!

Lenins Schriften in Esperanto. Das Petersburger Esperantistenkomitee hat den Plan gefaßt, die sämtlichen Schriften Lenins in die Esperantosprache zu übersetzen und herauszugeben.

Das Metall der Toten

14]

Von **Concha Espina**

Obwohl der Kellner ihn deutlich mit seinem vollen Namen anmeldet, wiederholt José Luis unsicher:

„Aurelio Echea?"

„Zu dienen!"

Es ist ein blonder, bleicher Bursche von mittlerem Wuchs; er ist schlecht gekleidet, hat ein weiches Organ, ein bescheidenes Auftreten, ein aufrichtiges Lächeln; mit einer gewissen Schüchternheit streckt er die Hand aus und murmelt:

„Womit kann ich Ihnen dienen?"

Um den durch die Ueberraschung verursachten kühlen Empfang wieder gutzumachen, verdoppeln die jungen Leute ihre Liebenswürdigkeit gegen den Führer. Sie nötigen ihn, von sich selbst zu erzählen, wobei José Luis ihn durch wiederholte Fragen weiterlockt, während Rosario eifrig, mit schweigender Teilnahme zuhört.

Der junge Mann antwortet mit zurückhaltenden Worten und sparsamen Gesten, als fürchte er, sich zu erregen. Er sei in Viscaya geboren, in Asturien erzogen; habe in Madrid, den östlichen Provinzen und Andalusien gelebt, Frankreich und Belgien, Deutschland und Rußland bereist; sei Handlungsgehilfe, Vertreter einer Fabrik und Eisenbahnbeamter gewesen; er kenne eine Anzahl Sprachen, eine Menge Bücher; er fühle sich als Großspanier, als Sohn des Volkes, als Bruder der Leidenden, als Hoffnung der Kämpfenden.

Als es soweit gekommen ist, wird sein Ton fester, in seinen klaren, blauen Augen flammt ein heimliches Feuer, und mit überfließender Beredsamkeit, mit strahlendem, überzeugtem Ausdruck spricht er weiter. Das heilige Recht der Unterdrückten bricht in göttlichem Glanz aus den Reden des Apostels hervor, der Schlag der Schicksalsstunde hallt in seinen Schriften, seinen Prophezeiungen wider: der ewige, große Verteidigungskampf wird seinen schönsten Triumph feiern. — Der letzte Tag der Könige und der erste der Menschheit ist gekommen! wiederholt er, vielleicht ohne zu wissen, welche unsterblichen Lippen diese furchtbare Wahrheit zuerst ausgesprochen haben. Und er berauscht sich an seinen Illusionen, als er das Reich der Gerechtigkeit verkündet: — Die Erde niemandes, ihre Früchte aller Eigentum; Bevorzugung der Greise und Kinder; Gleichstellung der Geschlechter; zwei Kronen: Arbeit und Liebe; eine Hierarchie: Begabung und Tugend.

„In der Weise, daß es immer eine Stufenleiter des Verdienstes, eine Auslese der Geschöpfe, einen Gipfel der Intelligenz geben wird", kommentiert José Luis.

„Ja, es wird Lehrer und Schüler geben, aber die ganze Menschheit wird auf gleicher Stufe stehen, und es wird keine anderen Unterschiede mehr geben, als die sittlichen Werte; es steht zu hoffen, daß diese den Höhepunkt erreichen werden, wenn jeder einzelne durch das Sieb der gleichen Erziehung gegangen sein und die gleiche sorgfältige Ausbildung genossen haben wird, weil niemand mehr von der Wiege an entehrt oder mit Glücksgütern gesegnet aus dem Dunkel zum Licht geboren werden wird: wir alle kommen über denselben finsteren Weg ins Leben, und freigebig wie die Sonne soll die Gesellschaft jeden mit den gleichen Rechten aufnehmen."

„Die ewige Sehnsucht, die Verkündigung der romantischen Ideale, die nie Erfüllung finden wird!"

„Nun, ich sehe die Erfüllung kommen als schmerzgereifte Saat der Jahrhunderte, als Frucht dieses entsetzlichen Krieges, der ohne solchen Gewinn keine Daseinsberechtigung hätte. Alle Völker, die heute auf dem toddleichen Kontinent bluten, warten auf die Erlösung, und keines wird sich zufriedengeben, ehe es das Sklavenjoch von den Schultern geschüttelt hat. Wenn der Friede anbricht, müssen die Nationen frei, die Gerechtigkeit geläutert, Vernunft und Sittlichkeit als Leuchten der Welt daraus erstehen!"

„Wie können wir dazu beitragen, daß dieser Traum sich verwirklicht?" fragt Rosario bewegt und gepackt.

Aurelio Echea blickt ihr zum erstenmal in die Augen und entdeckt darin ein tiefes Leuchten; er zögert mit der Antwort: von den lichterfüllten Pupillen strömen geheimnisvolle Gedankenschwingungen zu ihm herüber. Schließlich erwidert er:

„Indem Sie Ihre Ansicht ausführen und von dem Podium der „Evolution" aus sagen, wie die Bergleute in Dite behandelt werden."

„Das werden wir tun", bestätigte José Luis.

„Wenn man es zuläßt!"

„Wer soll uns hindern?"

„Der Bergwerksdirektor oder der Herausgeber der Zeitung."

„Unsere Zeitung, versichert voll Stolz der junge Mann, „ist das fortschrittlichste Sozialistenorgan!"

„Ach, die Sozialisten! Das Wort ist alt und zu schwach, um die modernen Freiheitskämpfer zu bezeichnen. Mit ihren Theorien haben sie es diskreditiert."

„Wollen Sie, daß wir uns Bolschewisten nennen?"

Wieder zögerte Echea mit der Antwort. Endlich entgegnete er: „Auch diese Bezeichnung ist in Mißkredit gekommen. Aber der Name ist nicht das Wesentliche. Wichtiger ist es, zu einer wirklichen Tat Kräfte zu sammeln, in konkreter Form das Bestmögliche zu erreichen; und ich muß Ihnen wiederholen, daß der Bergwerksdirektor mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Ihre Schritte zu hindern suchen und der Herausgeber Ihrer Zeitung zahlreiche Bedingungen an die Veröffentlichung Ihrer radikalen Berichte knüpfen wird. Und selbst wenn es Ihnen gelingen sollte, die ganze Wahrheit zu erfahren, so werden Sie sie nicht sagen dürfen."

„Lassen wir es auf den Versuch ankommen!"

„Niemand hat daran ein größeres Interesse als ich, der ich dann ein Paar unschätzbarer Verbündeter hätte!"

„Und mit Ihrem Rat, Ihrer Erfahrung und Ihrer Hilfe sollte es uns nicht gelingen, unseren Feldzug mit Erfolg durzuführen?" fragte Rosario. Sie sprach mit Feuer und legte in jeden Satz den ganzen Zauber ihrer Melancholie.

Echea lächelte. Er machte eine respektvolle Bewegung des Dankes für die Anerkennung seiner Mitarbeiterin und entschloß sich, den neuen Freunden die ganze Kompliziertheit des Arbeiterproblems zu erklären, das sie nach Dite geführt hatte.

„Es handelt sich nicht nur um die Arbeitsmethode, die viel zu wünschen übrig ließ, auch nicht um den ewigen Kampf zwischen Arbeitern und Brotherren, sondern da war vor allem eine nationale Frage. Denn die nordetanische Gesellschaft ist in der Stadt absolute und unumschränkte Herrscherin — über den Grund und Boden, über den Bergbau, das Gebirge, die Luft, über Gesetz und Freiheit. Da sie dank diesem modernen Feudalismus Herrin über Leben und Eigentum ist, gehören ihr mit unbestrittenem Recht Straßen und Plätze, Kirche und Friedhof, öffentliche Gebäude und Verkehrswege, und — im moralischen Sinne — fast alle Volkskörperschaften, deren Vertreter mit unerhörter Bevorzugung in Staatsämter und hohe Stellungen bei der Gesellschaft aufsteigen. Gerade jetzt soll in Estuaria ein Staatsschreiber befördert werden, und er nimmt die Beförderung nicht an, weil sie ihn nötigen würde, die Stadt zu verlassen und damit der Bestechungsgelder der üppigen Industrie verlustig zu gehen . . . Wenn irgendeine Behörde in den unaufhörlichen Beschwerdefällen gegen die Fremden Gerechtigkeit walten lassen will, so findet sie — da sie bei den bestechlicheren unteren Angestellten Erkundigungen einziehen muß — niemals einen Grund, gegen die Ausbeuter einzuschreiten, und die Unzahl von Klagen gegen die Besitzer werden zugunsten des Unternehmens entschieden. Auf ihre Empfehlung hin werden die Ernennungen des Verwaltungspersonals vorgenommen, Steuerermäßigungen bewilligt, Verordnungen erlassen, die die einzige Stadt Spaniens auszugeben gezwungen ist, die enteignet ist und selbst nicht enteignen kann. Nach ihrem Gutdünken werden die katholischen Schulen der Umgegend in evangelische umgewandelt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240319-16/fragment/page=0008